



Mittelschulbericht 2017 – Profil, Hochschulvorbereitung und Qualität

Das Gymnasium im Kanton Bern

Eine Standortbestimmung mit Entwicklungsperspektiven

Impressum

Mittelschulbericht 2017 – Profil, Hochschulvorbereitung und Qualität

Das Gymnasium im Kanton Bern

Eine Standortbestimmung mit Entwicklungsperspektiven

Bern, 13. Januar 2017

Herausgeber:

Mittelschul- und Berufsbildungsamt (MBA), Erziehungsdirektion des Kantons Bern

Konzept und Redaktion:

Mario Battaglia (MBA), Marcella Völgyi (MBA), Janine Boss (MBA), Ursula Käser (MBA),
Rolf Marti (komma pr)

Gestaltung und Produktion:

eigenart, Stefan Schaer, Bern, www.eigenartlayout.ch

Bilder:

fotoist, Thomas Cunz, Spiegel bei Bern, www.fotoist.ch

Druck:

Vetter Druck AG, Thun, www.vetter-druck.ch

1. Auflage 2017

Der Bericht ist als Download erhältlich (www.erz.be.ch/mittelschulbericht) oder kann unter folgender Adresse bestellt werden:

Mittelschul- und Berufsbildungsamt, Abteilung Mittelschulen, Kasernenstrasse 27, Postfach, 3000 Bern 22
Telefon 031 633 87 79, ams@erz.be.ch

Rückmeldungen zum Mittelschulbericht an:

ams@erz.be.ch

Vorwort des Erziehungsdirektors

Mit dem Mittelschulbericht 2017 legt das Mittelschul- und Berufsbildungsamt den dritten Bericht zur gymnasialen Bildung im Kanton Bern vor.

2009 wurde der erste Mittelschulbericht publiziert. Damals erlebte das Gymnasium eine unruhige Zeit. Als Reaktion auf die Resultate von EVAMAR II wurden in der Politik zahlreiche Forderungen an den gymnasialen Bildungsgang gestellt – von der Einführung zentraler Maturitätsprüfungen bis zu verschärften Bestehensnormen. Diese Forderungen haben mich nicht überzeugt. Der Mittelschulbericht 2009 hat Klärung und Beruhigung gebracht.

Aufgrund des Berichts und des Dialogs am Tag des Gymnasiums 2010 war für mich klar: In den Gymnasien soll die Weiterentwicklung nicht durch Vereinheitlichung, sondern durch Zusammenarbeit erfolgen; zum Beispiel durch den Aufbau einer Kultur des Gemeinsamen Prüfens oder durch den Austausch über die Schulgrenzen hinweg bei der Erarbeitung von Unterrichtseinheiten zum selbst organisierten Lernen. Von der Richtigkeit dieses Wegs bin ich nach wie vor überzeugt. Dialog, Austausch und Zusammenarbeit setzen die Unterrichtsentwicklung ins Zentrum und stärken den Unterricht. Und gute Bildung basiert auf gutem Unterricht.

Auch ein anderer Aspekt ist mir wichtig: Durch die Zusammenarbeit von Lehrpersonen in überschaubaren Teams wird ein Umfeld geschaffen, in welchem die Arbeit als befriedigend erlebt wird. Zugehörigkeit zu einem Team, Gestaltungsmöglichkeiten und Wirksamkeit im Beruf sind wichtige Faktoren für die Arbeitszufriedenheit. Und diese wirkt sich positiv auf Schule und Unterricht aus.

Ich freue mich, dass dank des Berichts und des Dialogs das Vertrauen in die Leistungen des Gymnasiums gestärkt wurde.

Im zweiten Mittelschulbericht 2013 zogen wir über die 2010 eingeleiteten Schritte Bilanz. Zur gleichen Zeit wurde klar, dass nach über 20 Jahren politischer Diskussion im deutschsprachigen Kantonsteil die lange erwünschte Quarta-Lösung realisiert werden kann. Dieser Erfolg ging allerdings einher mit einer Lektionenreduktion im Rahmen der gleichzeitigen Angebots- und Strukturüberprüfung (ASP). Die Freude an der Quarta-Lösung wurde so für zahlreiche Lehrpersonen getrübt. Auch solche Rahmenbedingungen sind aber eine Realität im öffentlichen Dienst.

Für mich gibt es zwischen Rahmenbedingungen und Gestaltungsspielraum ein Wechselspiel. Ich bin überzeugt: Die Politik soll bei der Formulierung von Ansprüchen und Vorgaben an die Schulen Zurückhaltung üben. Schulen und Unterricht brauchen Freiräume. Nicht bei jedem Problem soll gleich nach Massnahmen gerufen werden. Umgekehrt muss die Schule begründeten Ansprüchen offen begegnen, denn sie erfüllt den Auftrag einer demokratischen Gesellschaft.

Inzwischen ist es uns auch gelungen, die «Filière bilingue» an den Bieler Gymnasien fest zu verankern und zu stärken, indem sie zu einem vierjährigen Bildungsgang wird. Dies dank der konstruktiven Haltung der französischsprachigen Gemeinden im Kanton. Sie haben gegenüber der Neuerung Offenheit gezeigt. Dialogbereitschaft ermöglichte auch hier gute Lösungen.

Mit dem nun vorliegenden dritten Mittelschulbericht und dem Tag des Gymnasiums 2017 wollen wir unseren Weg weiterführen. Die auf schweizerischer Ebene initiierten Projekte der EDK zur Unterstützung des freien Hochschulzugangs wollen wir mit Augenmass und im Dialog mit den Gymnasien und den Hochschulen umsetzen. Wir wollen den Schwerpunkt auf das eigentliche Kerngeschäft der Schulen legen, den Unterricht. Dies ist das Thema des vorliegenden Mittelschulberichts.

Ich danke Ihnen, liebe Schulleiterinnen und Schulleiter, liebe Lehrerinnen und Lehrer, für Ihre Offenheit zur Weiterentwicklung der Berner Gymnasien.

Bernhard Pulver



Erziehungsdirektor des Kantons Bern

Inhalt

Management Summary	6
1 Neuerungen im Bildungsgang	9
1.1 Deutschsprachiger Bildungsgang	10
1.2 Französisch- und zweisprachiger Bildungsgang	13
2 Profil und Positionierung	15
2.1 Pflicht- und Wahlfächer	16
2.2 Fremdsprachenunterricht	18
2.3 MINT-Förderung	20
2.4 Talent- und Begabtenförderung	22
3 Hochschulvorbereitung	24
3.1 Übergang in die Hochschulen	25
3.2 Basale fachliche Studierkompetenzen	27
3.3 Selbst organisiertes Lernen	29
3.4 Studienwahl	32
4 Qualität und Entwicklung	34
4.1 Qualitätsentwicklung im Dialog	35
4.2 Personalentwicklung	37
4.3 Gemeinsames Prüfen	39
4.4 Kantonale Maturitätskommission	41
Anhang: Kennzahlen zum Gymnasium	43

Management Summary

Mit den Mittelschulberichten legt das Mittelschul- und Berufsbildungsamt (MBA) periodisch eine Standortbestimmung zum gymnasialen Bildungsgang im Kanton Bern vor: Wie haben sich die Gymnasien in den letzten Jahren entwickelt? Wie gut erfüllen sie ihren Auftrag? Vor welchen Herausforderungen stehen sie? Die Mittelschulberichte bilden eine Diskussionsgrundlage für alle, die an einer hohen Qualität des Gymnasiums interessiert sind.

Der erste Mittelschulbericht erschien 2009 als Reaktion auf eine nationale Studie zu den Leistungen des Gymnasiums. Die Studie löste Diskussionen aus, welche sich primär um eine Frage drehten: Wie bereitet das Gymnasium optimal auf die Anforderungen der Hochschulen vor? Der Mittelschulbericht 2009 untersuchte diese Frage in Bezug auf die Gymnasien im Kanton Bern. Der Bericht zeigte Stärken und Schwächen und definierte – im Einklang mit nationalen Bestrebungen – zentrale Handlungsfelder.

Seither wurden verschiedene Massnahmen eingeleitet. Der Mittelschulbericht 2013 stellte diese vor, diskutierte sie kritisch und zog eine Zwischenbilanz. Heute können die Ergebnisse verlässlicher beurteilt werden – und sie stimmen optimistisch. Die im Kanton Bern eingeleiteten Schritte sind gut kompatibel mit den von der EDK schweizweit lancierten Entwicklungen zu den basalen fachlichen Studierkompetenzen, zum Gemeinsamen Prüfen, zur Zusammenarbeit zwischen Gymnasium und Hochschule sowie zur Studienwahl. In den nächsten Jahren wird es darum gehen, das Erreichte zu konsolidieren und – auch mit Blick auf die schweizerische Ebene – weiterzuentwickeln.

Rückblickend sind drei Initiativen, welche 2009 angestossen wurden, von besonderer Bedeutung und erhalten im vorliegenden Mittelschulbericht den entsprechenden Stellenwert: die Einführung des vierjährigen gymnasialen Bildungsgangs, das Gemeinsame Prüfen und die Stärkung des selbst organisierten Lernens. Sie sind für die Entwicklung des Gymnasiums zentral und wirken sich auf verschiedene andere Initiativen aus.

Vierjähriger gymnasialer Bildungsgang

2014 beschloss der Grosse Rat – nach über 20 Jahren politischer Diskussion – dass der gymnasiale Bildungsgang im deutschsprachigen Kantonsteil ausschliesslich am Gymnasium unterrichtet werden soll. Die sogenannte Quarta-Lösung tritt – zusammen mit einem neuen Lehrplan – auf Schulbeginn 2017 in Kraft. Der gymnasiale Unterricht an den Sekundarschulen (9. Schuljahr) wird nicht weitergeführt.

Der vierjährige gymnasiale Bildungsgang bringt Vorteile: Die Klassen müssen zu Beginn des ersten nachobligatorischen Bildungsjahrs nicht mehr neu zusammengesetzt werden, weil die Schülerinnen und Schüler aus den Sekundarschulen dazustossen. Zudem kann der Unterricht im Schwerpunktfach bereits im ersten Jahr beginnen. Um den durchgängigen Bildungsgang kohärent zu gestalten, wurden Lehrplan und Lektionentafel überarbeitet.

Keine Veränderungen gibt es im französischsprachigen Kantonsteil. Das erste Gymnasialjahr wird weiterhin in Klassen der «Section préparant aux écoles de maturité» absolviert. Für die zweisprachigen Klassen an den Bieler Gymnasien gilt hingegen ebenfalls ein Modell mit vier Jahren Unterricht am Gymnasium – sowohl für die deutsch- wie für die französischsprachigen Schülerinnen und Schüler. Dies erhöht nicht nur die Intensität der zweisprachigen Ausbildung, es wird zudem sichergestellt, dass sie auch für Deutschsprachige attraktiv bleibt. Beim Dreijahresmodell hätten sie nach einem Jahr im deutschsprachigen Gymnasium erneut die Klasse wechseln müssen.

Kultur des Gemeinsamen Prüfens

Durch das Etablieren einer Kultur des Gemeinsamen Prüfens begegnen die Gymnasien dem Vorwurf unterschiedlicher Leistungsanforderungen in einzelnen Klassen und Schulen. Das ist wichtig, um den allgemeinen Hochschulzugang für gymnasiale Maturandinnen und Maturanden zu sichern.

Im Kanton Bern baut die Kultur des Gemeinsamen Prüfens auf einer langen Tradition auf. Die Maturitätsprüfungen sind harmonisiert, Prüfungen und Beurteilungen werden von externen Expertinnen und Experten überwacht. Zudem prüfen Koordinationsexpertinnen und -experten, ob in den Fächern Erstsprache und Mathematik vergleichbare Anforderungen gestellt werden.

Auch während des Bildungsgangs sollen bei schulinternen Tests vergleichbare Anforderungen gestellt werden. An allen Berner Gymnasien wurden deshalb in den letzten Jahren in den verschiedenen Fächern schulinterne Orientierungsarbeiten durchgeführt. Ziel war es, den Austausch zwischen den Lehrpersonen bezüglich Anforderungsniveau und Beurteilung zu fördern. Mit Erfolg. Einzelne Fachschaften führen dieses Instrument deshalb auf freiwilliger Basis weiter.

Selbst organisiertes Lernen

Das Gymnasium soll junge Menschen auf ein Hochschulstudium vorbereiten. An der Universität müssen sie in der Lage sein, sich selbstständig Wissen anzueignen. Um diese Fähigkeit zu fördern, wurde 2011 das Projekt «SOL – selbst organisiertes Lernen» lanciert. Lehrpersonen entwickelten im Rahmen einer Weiterbildung SOL-Unterrichtseinheiten und stellten ihre Ergebnisse anderen Lehrpersonen über eine Internetplattform zur Verfügung.

Die wissenschaftliche Begleitung zum SOL-Projekt zeigt: Selbst organisiertes Lernen wird von Schülerinnen und Schülern als anspruchsvoll aber auch motivierend wahrgenommen. Deshalb wurde SOL im revidierten Lehrplan und in den Leistungsvereinbarungen mit den Gymnasien verankert. Die Schülerinnen und Schüler erhalten so bis zur Maturitätsprüfung mehrmals die Gelegenheit, Erfahrungen und Fähigkeiten im selbst organisierten Lernen zu erlangen.

Entwicklungen in den nächsten Jahren

Weitere Initiativen tragen dazu bei, dass die Gymnasien den Ansprüchen von Schülerinnen und Schülern sowie den Forderungen der Politik und der Pädagogik gerecht werden und gleichzeitig mit den gesellschaftlichen und technischen Entwicklungen Schritt halten. Die erwähnten Massnahmen werden deshalb fortgeführt. Was die von der EDK angestossenen schweizweiten Initiativen betrifft, ist der Kanton Bern bereits weit fortgeschritten. Dies gilt insbesondere für das Gemeinsame Prüfen, die Zusammenarbeit zwischen Gymnasium und Hochschule sowie die Studienwahl. Spezielle Aufmerksamkeit wird in den nächsten Jahren der Erwerb der basalen fachlichen Studierkompetenzen durch alle Gymnasiastinnen und Gymnasiasten erhalten – dies unter Einbezug aller an der gymnasialen Bildung Beteiligten.

Lesehinweis

Der vorliegende Mittelschulbericht gliedert sich in einen vorangestellten Überblicksartikel zum neuen gymnasialen Bildungsgang sowie in die Kapitel «Profil und Positionierung», «Hochschulvorbereitung» und «Qualität und Entwicklung». Jedes dieser drei Kapitel umfasst vier unabhängig voneinander lesbare Artikel. Querverweise im Text stellen den Bezug zu anderen Kapiteln her und machen so die Vernetzung einzelner Entwicklungen sichtbar. Jeder Artikel endet mit einem Ausblick auf die anstehenden Entwicklungsschritte.



1

Neuerungen im Bildungsgang

2014 beschloss der Grosse Rat des Kantons Bern, den gymnasialen Bildungsgang im deutschsprachigen Kantonsteil ab Schuljahr 2017/18 ausschliesslich am Gymnasium zu führen. Der gymnasiale Unterricht im 9. Schuljahr der Sekundarschulen fällt weg. Dadurch können die Gymnasien die Klassen bereits zu Beginn des vierjährigen Bildungsgangs definitiv bilden. Weil die Klassen nach einem Jahr nicht neu zusammengesetzt werden müssen, kann die Zahl der unterrichteten Lektionen reduziert werden. Im französischsprachigen Kantonsteil bleibt die bisherige Unterrichtsorganisation – in Koordination mit den Nachbarkantonen – bestehen. Der Übertritt an das Gymnasium erfolgt im Anschluss an das dritte Jahr der «Section préparant aux écoles de maturité». Für die französischsprachigen Schülerinnen und Schüler, welche in den zweisprachigen Bildungsgang an den Bieler Gymnasien eintreten, wurde eine neue Lösung gefunden: Auch sie besuchen künftig während vier Jahren das Gymnasium.

1.1

Deutschsprachiger Bildungsgang

2014 beschloss der Grosse Rat – nach über 20 Jahren politischer Diskussion – dass der gymnasiale Bildungsgang im deutschsprachigen Kantonsteil künftig vier Jahre dauern und ausschliesslich am Gymnasium unterrichtet werden soll. Im Gegenzug wurde die Anzahl unterrichteter Lektionen gekürzt. Der angepasste Lehrplan tritt auf Sommer 2017 in Kraft.

Mit 116:0 Stimmen bei 4 Enthaltungen beschloss der Grosse Rat am 10. Juni 2014, im deutschsprachigen Kantonsteil einen vierjährigen, ungebrochenen gymnasialen Bildungsgang einzuführen. Die sogenannte Quarta-Lösung wurde von den Lehrerinnen und Lehrern des Gymnasiums seit 20 Jahren gewünscht. Dem Entscheid ging eine lange politische Arbeit voraus, mit zahlreichen Gesprächen und Hearings des MBA und des Erziehungsdirektors mit Verbänden, Politik sowie Lehrkräften der Sekundarstufe II und der Volksschule. Das klare Votum des Grossen Rats ist auch darauf zurückzuführen, dass die Quarta-Lösung eine Reduktion der Lektionenzahl ermöglichte und damit Teil der in der Angebots- und Strukturüberprüfung (ASP) beschlossenen Sparmassnahmen¹ wurde.

Die Quarta-Lösung tritt mit Schulbeginn 2017 in Kraft, der gymnasiale Unterricht an den Sekundarschulen (9. Schuljahr) wird nicht weitergeführt. Dadurch entstehen Synergien: Die Klassen müssen auf Beginn des ersten nachobligatorischen Bildungsjahrs nicht neu zusammengesetzt werden, weil aus den Sekundarschulen neu Schülerinnen und Schüler dazustossen. Das ermöglicht es, pro nachobligatorischer Klasse drei gehaltswirksame Lektionen einzusparen.

Auswirkungen auf Lehrplan und Lektionentafel

Die Gestaltung eines kohärenten vierjährigen Bildungsgangs in Kombination mit der neuen Fremdsprachendidaktik der Volksschule und der Reduktion von Lektionen machte ein Überdenken der Lektionentafel und eine Anpassung des Lehrplans notwendig. Der ungebrochene Bildungsgang im deutschsprachigen Kantonsteil ermöglicht es, das Schwerpunktfach bereits ab dem ersten Jahr des gymnasialen Bildungsgangs zu unterrichten. Damit die Klassenorganisation am Anfang des vierjährigen Bildungsgangs definitiv vorgenommen werden kann, müssen auch die dritte Sprache (Englisch, Italienisch oder Latein) und das Kunstfach (Bildnerisches Gestalten oder Musik) bereits zu diesem Zeitpunkt gewählt werden. Die frühere Wahl des Kunstfachs führt seinerseits zu einer Kürzung der Anzahl obligatorischer Lektionen im Kunstbereich. Um diese Kürzung abzufedern und es den

¹ Die anderen Massnahmen, welche zusätzlich zu den 5,5 Mio. für diese Lektionenkürzung weitere Einsparungen von 3,5 Mio. Franken bringen, sind: Aussetzen des Angebots der Schwerpunktfächer Griechisch und Russisch, Führung der zweisprachigen Maturität mit Partnersprache Englisch nur noch im Klassenverband, Reduzierung des individuellen Instrumental- oder Gesangsunterrichts auf 30 Minuten pro Woche vom zweiten bis zum vierten Jahr des Bildungsgangs, Reorganisation der Gymnasien in Biel und Thun sowie Kürzung der Staatsbeiträge an die privaten Gymnasien.

Schülerinnen und Schülern weiterhin zu ermöglichen, im ersten Jahr beide Kunstfächer zu besuchen, werden alle Gymnasien diese zusätzlich als Fakultativfach führen.

Die Ausgestaltung der neuen Lektionentafel führte zu zwei miteinander verbundenen Fragen: Wie viele Fächer sollen die Schülerinnen und Schüler gleichzeitig belegen? Und: Führt die gleiche Anzahl Lektionen, auf weniger Semester verteilt, allenfalls zu besseren Resultaten? Oder anders ausgedrückt: Sollen die verschiedenen Fächer soweit möglich über den ganzen Bildungsgang verteilt mit kleiner Wochenlektionenzahl oder konzentriert, dafür mit höherer Wochenlektionenzahl unterrichtet werden? An dieser Frage entzündete sich eine intensive Diskussion rund um die zweite und die dritte Sprache sowie um das Ergänzungsfach. 2014 wurde festgelegt, dass die Schülerinnen und Schüler jeweils eine etwas höhere Anzahl Fächer belegen sollen. Entsprechend werden die zweite und die dritte Sprache weiterhin während des ganzen Bildungsgangs und das Ergänzungsfach während zweier Jahre unterrichtet.

Die Neuausarbeitung der Lektionentafel bot die Gelegenheit, zwei Schwachstellen des bisherigen Bildungsgangs auszumerzen: Einerseits werden künftig alle Schülerinnen und Schüler bis zur Matura naturwissenschaftlichen Unterricht belegen – also auch jene, welche keines dieser Fächer als Schwerpunkt- oder Ergänzungsfach haben. Andererseits wird das Total der Lektionen gleichmässiger auf den Bildungsgang verteilt. Das letzte Gymnasialjahr zeichnet sich also nicht mehr durch deutlich weniger Lektionen und eine geringere Anzahl Fächer aus.

Neue inhaltliche Akzente

Mit der Überarbeitung der Lektionentafel und des Lehrplans wurde der gesellschaftlichen Forderung entsprochen, die MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) zu stärken, soweit dies bei gleichzeitiger Kürzung der totalen Lektionenzahl möglich war (siehe auch Kapitel 2.3). Die Zahl der MINT-Lektionen wurde erhöht und im Lehrplan neue Akzente gesetzt. Im Unterricht der naturwissenschaftlichen Fächer werden mehr Bezüge zur Erfahrungswelt und zu gesellschaftsrelevanten Themen gemacht.

Auch in anderen Fächern wurden neue Akzente gesetzt. So werden im Fremdsprachenunterricht die kommunikativen Fähigkeiten stärker gewichtet. Zudem wird der Anschluss an den Unterricht gemäss Passepartout sichergestellt (siehe auch Kapitel 2.2). In Deutsch und Mathematik erfahren die basalen fachlichen Studierkompetenzen eine Stärkung (gemäss Empfehlungen Bericht Eberle²): in Deutsch in den Bereichen Textproduktion und Textrezeption, in Mathematik durch eine höhere Gewichtung von Statistik und Logarithmen bei gleichzeitiger Reduktion in anderen Gebieten (siehe auch Kapitel 3.2). In den Fächern, welche gleichzeitig als Grundlagen- und als Schwerpunktfach unterrichtet werden, wurde der Lehrplan so ausgestaltet, dass er sowohl in den Klassen umsetzbar ist, in welchen der Unterricht im Grundlagenfach in den des Schwerpunktfachs integriert ist, wie auch in den anderen Klassen.

Angesichts der oben erwähnten Entscheide zur Lektionentafel war der im ASP geforderte Spareffekt nur realisierbar, indem die Schulen auf die sechs Schullektionen³ verzichteten, mit welchen sie sich bisher ein eigenes Profil geben konnten. Dieser Verlust an Gestaltungsspielraum wird teilweise dadurch kompensiert, dass die Schulen innerhalb einer Zeugnisperiode den Unterricht in einzelnen Fächern konzentriert anbieten oder Lektionen aus mehreren Fächern zu einem Unterrichtsgefäss zusammenziehen können. Diese Regelung gilt in

2 Eberle, Franz; Brüggelbrock, Christel; Rüede, Christian; Weber, Christof; Albrecht, Urs (2015): Basale fachliche Kompetenzen für allgemeine Studierfähigkeit in Mathematik und Erstsprache: Schlussbericht zuhanden der EDK. Zürich: Eigenverlag.

3 Neben den Schullektionen gab es bei folgenden Fächern Kürzungen: Kunstfach, welches nicht bis zur Matur besucht wird (–2 Lektionen im 1. Jahr), Ergänzungsfach (–1 Lektion), Sport, zweite Landessprache und dritte Sprache (je –0,5 Lektionen).

Ergänzung zu den Spezialwochen, in welchen der normale Stundenplan ausser Kraft gesetzt wird.

Ausblick

Der neue Lehrplan wurde mit grossem Einsatz aller Beteiligten (Projektleitung, Konferenz der Schulleitungen der Gymnasien, Lehrplanteams) ausgearbeitet. Ein erheblicher Teil der Arbeit steht mit der Umsetzung an den Schulen aber noch bevor. So müssen Schulkonzepte angepasst bzw. im Fall des selbst organisierten Lernens (siehe auch Kapitel 3.3) ausgearbeitet werden. Wünschenswert ist, dass die Umsetzung des Lehrplans die Zusammenarbeit der Lehrpersonen stärkt und dass die Schulen bei der Anpassung der schuleigenen Konzepte den im Lehrplan vorgesehenen Freiraum nutzen. Des Weiteren sind die Schulen und die Erziehungsdirektion gefordert, die Umsetzung in geeigneter Weise mit den auf schweizerischer Ebene beschlossenen basalen fachlichen Studierkompetenzen oder einem allenfalls noch folgenden schweizerischen Beschluss zum Informatikunterricht zu verbinden. Im Kanton Bern ist zudem der Entscheid zur Einführung der Jahrespromotion zu fällen.

1.2

Französisch- und zweisprachiger Bildungsgang

Im deutschsprachigen Kantonsteil wird ab Sommer 2017 der ganze vierjährige gymnasiale Bildungsgang ausschliesslich am Gymnasium geführt. Demgegenüber wird im französischsprachigen Kantonsteil das erste der vier Gymnasialjahre weiterhin an den Sekundarschulen unterrichtet. Für den zweisprachigen Bildungsgang an den Bieler Gymnasien musste eine neue Organisationsform gesucht werden: Auch diese Schülerinnen und Schüler absolvieren künftig alle vier Jahre am Gymnasium.

Im Juni 2014 hat der Grosse Rat ohne Gegenstimme beschlossen, im deutschsprachigen Kantonsteil einen vierjährigen, ungebrochenen gymnasialen Bildungsgang einzuführen. Gleichzeitig wurde ebenso deutlich daran festgehalten, dass im französischsprachigen Kantonsteil das erste der vier gymnasialen Jahre – in Übereinstimmung mit der Unterrichtsorganisation in den französischsprachigen Nachbarkantonen – weiterhin in Klassen der «Section préparant aux écoles de maturité» an den Sekundarschulen absolviert wird. Dadurch entfallen im französischsprachigen Kantonsteil die durch die längere Unterrichtszeit am Gymnasium erreichbaren Synergieeffekte (siehe auch Kapitel 1.1). Entsprechend erfolgt für den französischsprachigen Bildungsgang keine Kürzung der Anzahl Lektionen.

Vierjahresmodell auch für zweisprachige Klassen

Im deutsch- und im französischsprachigen Kantonsteil bestehen also künftig unterschiedliche Gymnasialmodelle. Für die zweisprachigen Klassen an den Bieler Gymnasien musste eine Lösung gefunden werden. Nach einer vertieften Analyse verschiedener Modelle wurde festgelegt, dass die zweisprachigen Klassen an den Bieler Gymnasien neu ebenfalls in der Form eines ungebrochenen vierjährigen Bildungsgangs geführt werden. Damit wird sichergestellt, dass die zweisprachigen Klassen auch für die deutschsprachigen Schülerinnen und Schüler attraktiv bleiben. Beim Dreijahresmodell hätten sie nach einem Jahr im deutschsprachigen Bildungsgang bereits wieder die Klasse wechseln müssen, was – so wurde befürchtet – viele von einer zweisprachigen Matura abgehalten hätte.

Die Mittelschulgesetzgebung sieht vor, dass im französischsprachigen Kantonsteil die Gemeinde entscheidet, ob ihre Schülerinnen und Schüler den im letzten Jahr der obligatorischen Schulzeit beginnenden zweisprachigen Bildungsgang am Gymnasium besuchen dürfen. Die überwiegende Mehrheit der französisch- und zweisprachigen Gemeinden erlaubt dies ihren Schülerinnen und Schülern. Diese können also, falls sie dies wünschen und dafür qualifiziert sind, bereits nach dem zweiten Jahr der Sekundarschule in den zweisprachigen Bildungsgang wechseln. Dies ist erfreulich, da durch die längere gemeinsame Ausbildungszeit die Kontakte zwischen den Schülerinnen und Schülern vertieft werden können, was das gegenseitige Verständnis zwischen den Sprachgruppen fördert. Der Lehrplan für den zweisprachigen Bildungsgang wurde entsprechend überarbeitet, wobei einige der

Neuerungen im deutschsprachigen Kantonsteil auch für den zweisprachigen Bildungsgang gelten.

Ausblick

Für den zweisprachigen Bildungsgang bleibt zu beobachten, wie sich die Neuerung im französischsprachigen Kantonsteil auswirkt – insbesondere mit Blick auf die Rekrutierung von Schülerinnen und Schülern. In den nächsten Jahren soll zudem die Kommunikation betreffend den zweisprachigen Bildungsgang verstärkt werden, damit sich mehr Schülerinnen und Schüler für dieses bereichernde Angebot entscheiden. Diese Kommunikation stärkt zudem die Rolle des Kantons Bern als Brückenkanton zwischen der französisch- und der deutschsprachigen Schweiz.



2 Profil und Positionierung

Der gymnasiale Bildungsgang profiliert und positioniert sich innerhalb der Sekundarstufe II einerseits durch die breite und gleichzeitig vertiefende Bildung, welche vermittelt wird. Andererseits ist er das Bindeglied zwischen der Volksschule und den Hochschulen – insbesondere den universitären und den pädagogischen Hochschulen. Nur durch seine Breite und Tiefe kann der gymnasiale Bildungsgang die Schülerinnen und Schüler in der Volksschule abholen, zur allgemeinen Hochschulreife und gleichzeitig zur Gesellschaftsreife führen. Für das Erreichen dieser umfassenden Ziele ist die Ausgestaltung des Bildungsgangs zentral. Im ersten Teil des Berichts werden deshalb dessen Aufbau sowie die Entwicklungen in einzelnen Fachbereichen thematisiert.

2.1

Pflicht- und Wahlfächer

Die Vermittlung einer breiten Allgemeinbildung wird am Gymnasium primär durch die Grundlagenfächer sichergestellt. Dank den Wahlpflichtfächern können die Gymnasiastinnen und Gymnasiasten ihrem Bildungsgang aber ein eigenes Profil geben. Die Wahlpflichtfächer machen einen bedeutenden Teil des Unterrichts aus und ermöglichen die Vertiefung in ein Interessengebiet. Deshalb sollten sie sorgfältig gewählt werden. Neu werden die dritte Sprache, das Schwerpunkt- und das Kunstfach ab dem ersten Gymnasialjahr unterrichtet. Deshalb müssen die Schülerinnen und Schüler bereits in der Sekundarschule hinreichend informiert werden.

Das Gymnasium führt zur allgemeinen Hochschulreife. Dieser Anspruch setzt voraus, dass die Schülerinnen und Schüler einerseits eine breite Allgemeinbildung erwerben, andererseits ihrer Ausbildung gemäss ihren Interessen oder den Plänen für die Zukunft ein eigenes Profil geben. Das Maturitätsanerkenntnisreglement trägt dem Rechnung, indem es die Fächer in Grundlagenfächer⁴ sowie in Wahlpflichtfächer (Schwerpunktfach, Ergänzungsfach, Maturaarbeit) unterteilt. Die Schülerinnen und Schüler können damit dem gymnasialen Bildungsgang ein eigenes Profil geben. Die Unterteilung in Pflicht- und Wahlfächer wurde 1995 mit der neuen Maturität eingeführt. Die schweizerische Evaluation EVAMAR I⁵ zeigt, dass sich die grösseren Wahlmöglichkeiten motivationssteigernd auswirken.

Breites Angebot gewährleisten

Der Kanton Bern hat bei der Umsetzung des Maturitätslehrgangs auf ein breites Angebot an Wahlpflichtfächern geachtet. Die Schülerinnen und Schüler sollen an allen Gymnasien, sicher aber in allen Verwaltungsregionen, aus einem umfassenden Angebot an Schwerpunkt- und Ergänzungsfächern wählen können.⁶ Für die sowohl als dritte Sprache wie als Schwerpunktfach angebotenen Fächer Englisch, Italienisch und Latein wurde der neue Lehrplan so gestaltet, dass die Schülerinnen und Schüler der dritten Sprache und des Schwerpunktfachs mit Binnendifferenzierung und zusätzlichem Unterricht im Schwerpunktfach in einer Lerngruppe unterrichtet werden können. Dadurch wird mit grosser Wahrscheinlichkeit sichergestellt, dass es jedes Jahr an jedem Gymnasium genügend Anmeldungen für die weniger gewählten Sprachen Italienisch und Latein gibt. Ein über die Jahre

4 Auch im Rahmen der Grundlagenfächer gibt es bei der dritten Sprache und dem Kunstfach Wahlmöglichkeiten.

5 Ramseier, Erich; Allraum, Jürgen; Stalder Ursula u.a. (2004): Evaluation der Maturitätsreform 1995 (EVAMAR). Neue Fächerstruktur – Pädagogische Ziele – Schulentwicklung. Schlussbericht zu Phase 1. Abteilung Bildungsplanung und Evaluation (BiEv), Erziehungsdirektion des Kantons Bern. Bern, unter: https://www.sbf.admin.ch/dam/sbf/de/dokumente/evaluation_der_maturitaetsreform1995schlussbericht.pdf.download.pdf/evaluation_der_maturitaetsreform1995schlussbericht.pdf, abgerufen am 10. November 2016.

6 Ursprünglich wurden alle Schwerpunktfächer angeboten. Die wenig gewählten Fächer Griechisch und Russisch mussten im Rahmen der Angebots- und Strukturüberprüfung sistiert werden.

hinweg stabiles Angebot in diesen Fächern dürfte sich positiv auf die Nachfrage auswirken (siehe auch Kapitel 2.2).

Information forcieren

Gemäss neuem Lehrplan müssen ab 2017 alle Schülerinnen und Schüler bereits beim Übertritt in das Gymnasium das Kunstfach, die dritte Sprache und das Schwerpunktfach wählen. Da der Unterricht in diesen Fächern etwa ein Viertel der Unterrichtszeit umfasst, ist eine sorgfältige Wahl zentral. Alle angehenden Gymnasiastinnen und Gymnasiasten müssen deshalb bereits an den Sekundarschulen über das Fächerangebot orientiert und zur Auseinandersetzung mit der Fächerwahl animiert werden. Das bisherige Informationsmaterial der Konferenz der Schulleitung der Gymnasien, welches auf die breite Allgemeinbildung in Kombination mit den Vertiefungsmöglichkeiten fokussiert, wird deshalb durch neue Produkte ersetzt. Sie sollen neben den Informationen zum Profil des Gymnasiums auch die Grundlagen für eine reflektierte Entscheidung der Pflichtwahlfächer vermitteln.

Ausblick

Folgende Fragen müssen im Auge behalten werden: Wie wirkt sich die Vorverschiebung der Wahl – insbesondere des Schwerpunktfachs – auf das Wahlverhalten der Schülerinnen und Schüler aus (deutschsprachiger Kantonsteil, zweisprachiger Bildungsgang)? Reicht das neue Informationsmaterial aus oder muss es angepasst bzw. ergänzt werden? Muss der Informationsprozess an den Sekundarschulen optimiert werden?

2.2

Fremdsprachenunterricht

Auf Volksschulstufe hat der Fremdsprachenunterricht in den letzten Jahren zahlreiche Neuerungen erfahren. Die Gymnasien müssen sich auf die veränderte Vorbildung, welche die Schülerinnen und Schüler mitbringen, einstellen. Darüber hinaus wollen die Berner Gymnasien Italienisch als dritter Landessprache mehr Aufmerksamkeit schenken.

2014 sind im französischsprachigen Kantonsteil die ersten Schülerinnen und Schüler ans Gymnasium übergetreten, welche in der Volksschule gemäss dem «Plan d'études romand» unterrichtet wurden. Der Lehrplan brachte eine Vorverschiebung des Englischunterrichts (der Deutschunterricht wurde schon früher vorverschoben) und eine konsequente Kompetenzorientierung mit sich. Die Schülerinnen und Schüler bringen in Englisch also mehr und andere Kompetenzen mit ans Gymnasium. Da sich das Gymnase français de Bienne frühzeitig mit dem Gemeinsamen europäischen Referenzrahmen (GER) und mit kompetenzorientiertem Fremdsprachenunterricht auseinandergesetzt hatte, erfolgte der Wechsel ohne nennenswerte Probleme.

Im deutschsprachigen Kantonsteil steht der Übertritt der ersten Schülerinnen und Schüler, welche gemäss dem Passepartout-Lehrplan unterrichtet wurden, 2017 bevor. Passepartout brachte eine Vorverschiebung des Französisch- und des Englischunterrichts sowie eine stärkere Kompetenzorientierung mit sich und beruht auf Elementen der Mehrsprachigkeitsdidaktik. Die Lehrpersonen der Gymnasien haben sich in Weiterbildungen auf diesen Wechsel vorbereitet. Der neue gymnasiale Lehrplan trägt der veränderten Vorbildung der Schülerinnen und Schüler sowie der stärkeren Kompetenzorientierung Rechnung. Auf den Anspruch an die sprachliche Korrektheit und die Auseinandersetzung mit Literatur wird auf Stufe Gymnasium aber nicht verzichtet.

Angepasste Aufnahmeprüfung

Die Aufnahmeprüfung ans Gymnasium wird an Passepartout bzw. an den Unterricht auf der Sekundarstufe I angepasst. Neu werden die vier Kompetenzen Hören, Sprechen, Lesen und Schreiben geprüft. Dies bringt auch organisatorisch eine Neuerung mit sich: Künftig wird die Aufnahmeprüfung (wie bereits im französischsprachigen Kantonsteil) einen mündlichen Teil enthalten – eine Herausforderung für die Gymnasien. Eine aus Gymnasiallehrpersonen bestehende Arbeitsgruppe hat eine Nullserie für die Aufnahmeprüfung erarbeitet. Sie zeigt den Sekundarschulen, wie die Prüfung aufgebaut ist, und gibt ihnen damit Sicherheit, dass ihr Unterricht nicht an den Ansprüchen der Aufnahmeprüfung vorbeizieht.

Italienisch fördern

Die Bedeutung des Italienischunterrichts an den Gymnasien wird zurzeit gesamtschweizerisch thematisiert. Bern ist sich als zweisprachiger Kanton und als Hauptstadtkanton der

Bedeutung der Landessprachen bewusst. Deshalb fördert er den Italienischunterricht an seinen Gymnasien mit zwei innovativen Ansätzen:

- Der Italienischunterricht kann gemäss neuem Lehrplan als Grundlagenfach und als Schwerpunktfach statt getrennt auch nur in einer Lerngruppe – mit Binnendifferenzierung und Zusatzunterricht im Schwerpunktfach – unterrichtet werden (siehe auch Kapitel 2.1).
- Neu können die Schülerinnen und Schüler aller Gymnasien eine zweisprachige Maturität mit Italienisch abschliessen. Sie besuchen dazu während eines Jahres den Unterricht an einem Tessiner Gymnasium und anschliessend den Unterricht des zentral angebotenen Kunstfachs in italienischer Sprache.

Zweisprachige Matur fördern

Nicht unerwähnt bleiben soll, dass durch den Entscheid für einen ungebrochenen vierjährigen Bildungsgang im deutschsprachigen Kantonsteil auch die zweisprachigen Bildungsgänge ausserhalb der Bieler Gymnasien (siehe auch Kapitel 1.2) von drei auf vier Jahre verlängert werden können. Dies wird sich positiv auf die Abschlussqualität der zweisprachigen Maturität auswirken und durch das Angebot eines vierjährigen zweisprachigen Bildungsgangs Deutsch-Französisch in allen Verwaltungsregionen die Position des Kantons Bern als Brückenkanton zwischen der deutsch- und der französischsprachigen Schweiz stärken.

Ausblick

In den nächsten Jahren geht es darum, den Anschluss an den kompetenzorientierten Unterricht auf der Volksschulstufe sicherzustellen und die Kompetenzorientierung mit dem für den gymnasialen Bildungsgang angemessenen Anspruch an die sprachliche Korrektheit zu verbinden. Gleichzeitig soll die Literatur weiterhin den ihr zustehenden Platz im gymnasialen Unterricht einnehmen. Zudem gilt es, die Entwicklung des zweisprachigen Bildungsgangs an den Bieler Gymnasien zu verfolgen und das Italienischangebot an den Gymnasien zu beobachten, um allenfalls die Kommunikation zu diesen beiden Angeboten zu verstärken.

2.3

MINT-Förderung

2010 wies ein Bericht des Bundesrats auf einen akuten Mangel an Fachkräften im MINT⁷-Bereich hin: Entsprechende Berufsausbildungen und Studiengänge werden in der Schweiz vergleichsweise wenig gewählt und verzeichnen einen besonders tiefen Frauenanteil. Im Kanton Bern lancierten die Erziehungs- und die Volkswirtschaftsdirektion 2012 das Projekt «Bildung und Technik – Interesse an MINT-Berufen wecken!», um dem Fachkräftemangel mit Bildungsmaßnahmen entgegenzuwirken. An den Gymnasien wurden Initiativen ergriffen, um das Interesse an den MINT-Fächern zu steigern. Auf eine Stärkung der MINT-Fächer zielen auch Überlegungen zur besseren Verankerung der Informatik im gymnasialen Bildungsgang.

Eingebettet in das kantonale Projekt «Bildung und Technik – Interesse an MINT-Berufen wecken», haben die Gymnasien die Initiative ergriffen, um die MINT-Fächer zu stärken. Mit einer kleinen «MINT-Offensive» sollen mehr Schüler und insbesondere mehr Schülerinnen für eine entsprechende Studienrichtung motiviert werden. Ziel ist es, durch eine bessere Vernetzung der Naturwissenschaften mit anderen Disziplinen und einen stärkeren Alltagsbezug das Interesse an den MINT-Fächern zu steigern und das Wissen über MINT-Fragestellungen zu verbessern. Im Schuljahr 2012/13 startete an den Gymnasien Lerbermatt und Thun sowie am Gymnase français de Bienne ein dreijähriges Pilotprojekt. Die Gymnasien setzten eigene Schwerpunkte für eine MINT-Förderung: Neben Massnahmen für eine bessere Sichtbarkeit und Wahrnehmung von MINT am Gymnasium (z.B. MINT-Anlässe oder MINT in der schulischen Kommunikation) nahmen die Pilotgymnasien Anpassungen auf Schul- und Unterrichtsebene vor (Didaktik, Unterrichtsentwicklung, besondere Unterrichtsfächer), schufen Angebote zur individuellen Förderung mit MINT-Lernangeboten und bemühten sich um eine Vernetzung mit externen Partnern aus Forschung und Wirtschaft.

Pilotprojekte zeigen Wirkung

Nach drei Jahren MINT-Förderung ziehen die drei Pilotgymnasien eine positive Bilanz. MINT konnte an den Gymnasien besser sichtbar gemacht werden. Die Anmeldungen im Schwerpunktfach Biologie und Chemie sowie in Physik und Anwendungen der Mathematik haben leicht zugenommen. Die Bestätigung dieses Trends bedarf noch weiterer Erfahrungswerte. Zudem zeigt sich: MINT wird von den Schülerinnen und Schülern positiver wahrgenommen und das MINT-Engagement spricht auch Partner aus Forschung und Privatwirtschaft an. Gerade der Einbezug der Wirtschaft ermöglicht den Gymnasiastinnen und Gymnasiasten Einblick in die Praxis und in potenzielle Studienfächer und Berufsfelder, was zu einem attraktiveren Image von MINT beiträgt. Festzuhalten ist: Auch die anderen Gymnasien schenken MINT mehr Aufmerksamkeit bzw. kommunizieren ihre langjährigen Anstrengungen besser.

⁷ MINT steht für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik.

Revidierter Lehrplan stärkt MINT

Auch die in den letzten Jahren getroffenen Massnahmen im Bereich Informatik stärken den MINT-Gedanken. Seit der Einführung des Kantonalen Lehrplans für den gymnasialen Bildungsgang auf das Schuljahr 2006/07 verfügt jedes Gymnasium über ein Konzept, das zeigt, wie die notwendigen Informatikkompetenzen im Rahmen spezieller Lektionen sowie im Rahmen verschiedener Fächer vermittelt und gefestigt werden können. Pionierarbeit leistete der Kanton Bern darüber hinaus mit der frühen flächendeckenden Einführung des Ergänzungsfachs Informatik im gymnasialen Curriculum.

Mit der Lektionentafel des revidierten Lehrplans wird ab Sommer 2017 im ersten Jahr des gymnasialen Bildungsgangs neu eine Lektion ICT verankert (siehe auch Kapitel 1.1). Daneben sollen die Schulen weiterhin in einem Konzept aufzeigen, welche ICT-Kompetenzen in einzelnen Unterrichtsfächern vertieft werden. Die Ausarbeitung des neuen Lehrplans wurde gleichzeitig dazu genutzt, die naturwissenschaftlichen Fächer zu stärken. Biologie, Chemie, Geografie und Physik werden künftig während einer halben Jahreswochenlektion mehr unterrichtet. Damit verbunden ist der Auftrag, die Erfahrungswelt der Jugendlichen vermehrt in den Unterricht einzubeziehen.

Obligatorisches Fach Informatik wird national diskutiert

Sowohl angesichts der Bedeutung der Informatik als auch im Hinblick auf eine vertiefte Gesellschaftsreife und eine gute Hochschulvorbereitung wird die geringe Präsenz der Informatik im gymnasialen Bildungsgang schweizweit hinterfragt. In den letzten Jahren fand eine breite Diskussion zur Einführung eines obligatorischen Fachs Informatik statt. Der Kanton Bern setzte dabei auf ein Vorgehen, welches auf einem ausgewogenen und verschiedene Aspekte (z.B. ICT, gesellschaftliche Auswirkungen, Medienkompetenz, Informatik als Wissenschaft) berücksichtigenden Konzept beruht. Im Rahmen einer Lehrplanskizze hat eine Gruppe von Berner Informatiklehrpersonen im Auftrag des Mittelschul- und Berufsbildungsamts und der Konferenz der Schulleitungen der Berner Gymnasien Ideen, wie die Inhalte und Ziele des neuen Fachs ausgestaltet sein sollen, erarbeitet und in die schweizweite Diskussion eingebracht. Inhaltlich schliesst die Berner Lehrplanskizze an den Unterricht in ICT und Medien der Volksschule gemäss Lehrplan 21 an. Der Entwurf enthält Beispiele, wie die Fachinhalte zeitgemäss, alltagsbezogen und auf die Lernenden fokussiert unterrichtet werden können.

Ausblick

Nach Abschluss der Pilotphase an den drei Gymnasien soll MINT-Förderung an allen Gymnasien des Kantons Berns stattfinden und kommuniziert werden. Der neue Lehrplan stärkt Informatik und Naturwissenschaften und will die Schülerinnen und Schüler durch den vermehrten Bezug zur Erfahrungswelt für MINT-Fächer motivieren. Ob dies gelingt, bleibt abzuwarten. Wünschenswert ist ein reger Erfahrungsaustausch zwischen den Gymnasien. Zur Stärkung von MINT kann auch das Teilprojekt der EDK zu den basalen fachlichen Studierkompetenzen in Mathematik beitragen. Ein besseres Selbstkonzept der Schülerinnen und Schüler in Mathematik dürfte sich positiv auf deren Motivation im naturwissenschaftlichen Unterricht auswirken (siehe auch Kapitel 3.2). Im Bereich Informatik ist davon auszugehen, dass auf schweizerischer Ebene ein obligatorisches Fach Informatik eingeführt wird. Je nach Vorgaben müssen der gymnasiale Lehrplan angepasst und zusätzliche Ressourcen für mehr Informatiklektionen bereitgestellt werden. Mit der erwähnten Lehrplanskizze verfügt der Kanton Bern über eine gute Grundlage für die anstehende Diskussion.

2.4

Talent- und Begabtenförderung

Seit 1998 werden an den Berner Gymnasien besondere Talente in Musik, Sport sowie Gestaltung und Kunst gefördert. In Anlehnung an dieses Modell lancierte die Kommission Gymnasium–Hochschulen 2012 ein vergleichbares Förderprogramm für intellektuell besonders begabte Gymnasiastinnen und Gymnasiasten. Sie können an der Universität Bern bereits vor der Matura einzelne Veranstaltungen besuchen.

1998 starten am Gymnasium Hofwil die ersten Klassen zur Talentförderung. Gefördert werden Talente in den Bereichen Musik, Gestaltung und Kunst sowie Sport. Der gymnasiale Bildungsgang dauert für die Teilnehmenden ein Jahr länger als üblich. Das ermöglicht ihnen, ihre Talente in Ruhe zu entwickeln und schafft die Voraussetzung, um international bestehen zu können.

Für Sporttalente gibt der gestreckte Stundenplan die notwendige Zeit für die intensiven Trainings im Sportverein oder -verband. In den Bereichen Musik sowie Gestaltung und Kunst wird ein Bildungskonzept verfolgt, bei dem die Schülerinnen und Schüler bereits während des Gymnasiums Hochschulveranstaltungen besuchen können. Die erworbenen Kompetenzen werden bei einem Hochschuleintritt angerechnet. Dieses Modell des Gymnasiums Hofwil hat sich bewährt. Gymnasien in Bern, Biel, Burgdorf, Interlaken und Thun bieten heute im Bereich Sport vergleichbare Angebote an.

Mit dem neuen gymnasialen Lehrplan für den deutschsprachigen Kantonsteil wird es möglich, diese Form der Talentförderung nicht erst in den nachobligatorischen Schuljahren einzusetzen, sondern sie auf das erste Jahr des gymnasialen Bildungsgangs auszuweiten.⁸

Intellektuelle Begabungen fördern

Um die im gymnasialen Bildungsgang zentralen intellektuellen Begabungen gleichermassen fördern zu können, initiierte die Kommission Gymnasium–Hochschule (KGH) 2012 ein entsprechendes Förderprogramm. Die Idee, dass bereits Gymnasiastinnen und Gymnasiasten Hochschulveranstaltungen besuchen können, wurde übernommen. Das Förderangebot richtet sich an Personen, die im Gymnasium sehr gute Schulleistungen erbringen, eine besondere Motivation zeigen und sich für den Besuch erster Veranstaltungen an der Universität interessieren.

Schülerinnen und Schüler können auf Antrag ihrer Schulleitung an das Mittelschul- und Berufsbildungsamt (MBA) in das Förderprogramm aufgenommen werden und sich als Schülerstudierende an der Universität Bern einschreiben. Eine Koordinatorin bzw. ein

⁸ Im französischsprachigen Kantonsteil existieren für die auf das Gymnasium vorbereitenden Schuljahre ähnliche Förderprogramme integriert in die Sekundarschule.

Koordinator der Universität steht ihnen zur Seite. Der Einstieg ist semesterweise möglich und erlaubt einen ersten Einblick in die Studienwelt. Die besuchten Veranstaltungen können mit einer Prüfung abgeschlossen, die erworbenen ECTS-Punkte an ein späteres Studium an der Universität Bern angerechnet werden.

Förderprogramm bekannter machen

Die frühe Förderung intellektueller Begabungen lohnt sich. Das zeigt eine Auswertung der Universität Bern für die Jahre 2012 bis 2016. Viele der geförderten Schülerinnen und Schüler sind auf nationaler und internationaler Ebene erfolgreich – beispielsweise an Wissenschaftsolympiaden.

Bisher haben fünf Gymnasiastinnen und sieben Gymnasiasten vom Förderangebot profitiert. Sie haben sich nach der Matura für eine der Studienrichtungen Wirtschaftswissenschaften, Recht, Humanmedizin, Physik und Mathematik entschieden. Noch fehlt es an intellektuell besonders Begabten, die sich für philosophisch-historische oder philosophisch-humanwissenschaftliche Fachrichtungen interessieren.

Die Anzahl Anmeldungen für das Förderprogramm ist rückläufig, was gemäss KGH im noch wenig verankerten Bewusstsein begründet sein könnte, dass besonders begabte Schülerinnen und Schüler frühzeitig erkannt und gefördert werden sollten. Das Förderprogramm muss deshalb besser bekannt gemacht werden.

Ausblick

Die Talentförderung in den Bereichen Musik, Gestaltung und Kunst sowie Sport wird mit dem neuen gymnasialen Lehrplan im deutschsprachigen Kantonsteil auf das erste Jahr des gymnasialen Bildungsgangs ausgedehnt. Es bleibt abzuwarten, welche Auswirkung dies auf die Rekrutierung und die Auswahl von Talenten haben wird.

Die von der KGH eingesetzte Arbeitsgruppe Begabtenförderung wird Massnahmen entwickeln, um den Bekanntheitsgrad des Angebots zu erhöhen und die Begabtenförderung an den Gymnasien zu verankern. Zusätzlich soll Wettbewerben wie Schweizer Jugend forscht oder den Wissenschaftsolympiaden mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.



3

Hochschulvorbereitung

Das Gymnasium hat die Aufgabe, den Schülerinnen und Schülern eine breite Allgemeinbildung zu vermitteln, sie zur Übernahme anspruchsvoller Aufgaben in der Gesellschaft zu befähigen und auf Hochschulstudien vorzubereiten (siehe Maturitätsanerkennungsreglement). Für die bildungssystematisch wichtige Aufgabe der Hochschulvorbereitung müssen die Schülerinnen und Schüler neben fachlichen auch überfachliche Kompetenzen erwerben. Dazu zählt die Fähigkeit, selbst organisiert zu lernen, wie auch die Fähigkeit, für die Bildungslaufbahn selbstverantwortlich Entscheidungen zu treffen. Zudem müssen die Schülerinnen und Schüler über die in vielen Fächern benötigten basalen Kompetenzen in der Erstsprache und in Mathematik verfügen. Der Erwerb überfachlicher Kompetenzen und basaler fachlicher Studierkompetenzen muss über alle Fächer hinweg gefördert werden.

3.1

Übergang in die Hochschulen

Um den freien Hochschulzugang gymnasialer Maturandinnen und Maturanden zu sichern, hat die EDK vier Teilprojekte beschlossen. Eines soll den Austausch zwischen Gymnasien und Hochschulen fördern. Die Gymnasien müssen wissen, was die Hochschulen erwarten – nur so können sie die Schülerinnen und Schüler gezielt vorbereiten. Die Hochschulen ihrerseits müssen wissen, was die Gymnasien zu leisten imstande sind – nur so können sie die eintretenden Studierenden dort abholen, wo sie nach der Matura stehen. Im Kanton Bern findet dieser Dialog zwischen beiden Bildungsstufen statt.

Die Zusammenarbeit zwischen Gymnasien und Hochschulen hat im Kanton Bern Tradition. Schon bevor die EDK den intensiveren Austausch zwischen Gymnasien und Hochschulen forderte, hat die Kantonale Maturitätskommission mit ihren Hauptexpertinnen und -experten für den Dialog zwischen den beiden Bildungsstufen gesorgt (siehe auch Kapitel 4.4). Seit 2009 ist zudem die Kommission Gymnasium–Hochschule (KGH) aktiv, in der Angehörige von beiden Seiten vertreten sind. Die Kommission hat u.a. die Kompetenzen reflektiert, welche Maturandinnen und Maturanden an die Hochschulen mitbringen sollten.⁹

Begegnungstag Gymnasien–Hochschulen

Mit dem ersten Begegnungstag Gymnasium–Hochschule (27. März 2015) wurde der Austausch zwischen den beiden Bildungsstufen ausgeweitet. Die auf Initiative der KGH durchgeführte und von einer breiten Trägerschaft¹⁰ organisierte Tagung wurde von rund 300 Teilnehmenden (Gymnasiallehrpersonen, Hochschuldozierende, Gymnasiastinnen und Gymnasiasten, Studierende) besucht. Ziel war es, die gegenseitigen Ansprüche an der Nahtstelle Gymnasium–Hochschule zu klären, den Dialog zu fördern und das gegenseitige Verständnis zu verbessern.

Die Teilnehmenden reflektierten die Bildungsziele (gemäss Artikel 5 des Maturitätsanerkennungsreglements), diskutierten über Herausforderungen am Übergang und formulierten Anregungen. Im Fokus stand die Frage, was Hochschulreife bedeutet und welchen Beitrag Gymnasien und Hochschulen leisten können, um einen erfolgreichen Übertritt zu ermöglichen. Im Plenum wurden u.a. erste Resultate einer Langzeitstudie der Universität Bern zu den Faktoren vorgestellt, welche das Bestehen des Studiums fördern. In Ateliers wurden Fragen zum selbst organisierten Lernen, zu Kooperationsformen zwischen Gymnasien und

⁹ Kommission Gymnasium Hochschule (2011): Welche Kompetenzen sind für das Hochschulstudium zentral? Stand September 2011. Unter: http://www.erz.be.ch/erz/de/index/mittelschule/mittelschule/gymnasium/kommissiongymnasiumhochschule.assetref/dam/documents/ERZ/MBA/de/AMS/ams_kommission_kgh_kompetenzkatalog_hochschulstudium.pdf, abgerufen am 1. Dezember 2016.

¹⁰ An der Planung und Durchführung waren neben der Erziehungsdirektion die PHBern, die Universität Bern, die HEP BEJUNE, die Berner Fachhochschule sowie die Gymnasien beteiligt.

Hochschulen oder zu Genderfragen im Zusammenhang mit dem naturwissenschaftlichen Unterricht diskutiert.

Während des Begegnungstags wurden zahlreiche Anliegen formuliert, zum Teil übereinstimmend von Gymnasiums- und Hochschulangehörigen, zum Teil mit unterschiedlicher Gewichtung. Die KGH hat die Anregungen und die Erkenntnisse ausgewertet und folgende Handlungsfelder für die Weiterarbeit definiert:

- Förderung besonders Begabter (siehe Kapitel 2.4)
- Berufs- und Studienwahl (siehe Kapitel 3.4)
- basale fachliche Studierkompetenzen (siehe Kapitel 3.2)
- Kooperationsprojekte zwischen Gymnasien und Hochschulen
- Maturaarbeit

Ausblick

Die KGH hat eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern der KGH und Vertreterinnen und Vertretern von Gymnasien eingesetzt. Sie soll sich in den nächsten Jahren vertieft mit den genannten Handlungsfeldern befassen. Angesichts der gesamtschweizerischen Teilprojekte der EDK haben die basalen fachlichen Studierkompetenzen sowie Massnahmen zur Förderung besonders begabter Gymnasiastinnen und Gymnasiasten Priorität.

3.2

Basale fachliche Studierkompetenzen

Die Evaluation EVAMAR II hat gezeigt, dass viele Maturandinnen und Maturanden in Mathematik und Erstsprache teilweise Schwächen zeigen. Um die allgemeine Studierfähigkeit zu stützen, liess die EDK – als eines von vier Teilprojekten zur Sicherung des freien Hochschulzugangs mit gymnasialer Maturität – basale fachliche Studierkompetenzen für die genannten Fächer erarbeiten. Sie wurden im März 2016 verabschiedet und in den Rahmenlehrplan integriert. Nun steht die Umsetzung in den Kantonen an.

2008 zeigte die Evaluation EVAMAR II, dass ein Teil der Maturandinnen und Maturanden auch in grundlegenden Bereichen Schwächen in Mathematik und in der Erstsprache aufweist. Damit löste sie eine schweizweite Diskussion über die basalen Kompetenzen aus, welche für ein Hochschulstudium vorausgesetzt werden. Die EDK reagierte und gab 2012 – im Rahmen verschiedener Teilprojekte zur langfristigen Sicherung des prüfungsfreien Hochschulzugangs mit gymnasialer Maturität – das Projekt «Basale fachliche Kompetenzen für allgemeine Studierfähigkeit in Mathematik und Erstsprache» in Auftrag.

Das Projekt sollte das für eine Mehrheit der Studienfächer notwendige Eingangswissen und -können in Mathematik und in der Erstsprache ermitteln. Durch die Analyse von Vorlesungsunterlagen des ersten Studienjahrs und anhand von Interviews mit Studierenden wurden die basalen fachlichen Studierkompetenzen identifiziert und definiert. Zusammen mit Fachdidaktikern wurden zudem Vorschläge für die Vermittlung dieser Kompetenzen entwickelt. Zu diesen Vorschlägen gehören die Verankerung der Kompetenzen in den Lehrplänen, schulorganisatorische Massnahmen wie Stützkurse, die Förderung des zielerreichenden Lernens, Beispielaufgaben für Mathematik sowie Beispieltex te für die Erstsprache. Insbesondere für die Erstsprache hält der Bericht fest, dass die Vermittlung der basalen fachlichen Studierkompetenzen nicht alleine dem Fach Erstsprache zugewiesen werden kann. Im März 2016 wurden die basalen fachlichen Kompetenzen für die allgemeine Studierfähigkeit in Erstsprache und Mathematik durch die EDK-Plenarversammlung verabschiedet. Das Gremium entschied, diese Kompetenzen als Anhang in den Rahmenlehrplan für die Maturitätsschulen aufzunehmen.

Umsetzung bei Schulen verorten

Der Kanton Bern war in der Begleitgruppe zur Ausarbeitung der basalen fachlichen Studierkompetenzen vertreten. Er setzt sich seit Jahren dafür ein, den gymnasialen Bildungsgang durch die Förderung fachlicher und überfachlicher Studierkompetenzen zu stärken. Zudem engagiert er sich gegen eine die übergeordneten Ziele gefährdende Standardisierung der gymnasialen Bildung – etwa durch flächendeckende Tests. Entsprechend soll die Umsetzung der basalen fachlichen Studierkompetenzen sowie die dazugehörige Beurteilung in noch festzulegenden kantonalen Rahmenbedingungen bei den Schulen verortet werden.

In Übereinstimmung mit dem Autor des EDK-Projekts vertritt der Kanton Bern die Position, dass die Beurteilung der basalen fachlichen Studierkompetenzen nicht mit der Maturitätsnote verbunden werden soll. Nicht alle im gymnasialen Bildungsgang behandelten Aspekte in den Fächern Erstsprache und Mathematik sind basal.¹¹ Für eine genügende Note wird mehr erwartet als das Beherrschen der basalen fachlichen Studierkompetenzen.

Ausblick

Nach der Verabschiedung der basalen fachlichen Kompetenzen durch die EDK steht die Umsetzung in den Kantonen an. Der Kanton Bern erachtet den Erwerb der basalen fachlichen Studierkompetenzen durch alle Gymnasiastinnen und Gymnasiasten als wichtig für die Glaubwürdigkeit der gymnasialen Ausbildung wie auch zur Sicherstellung des allgemeinen Hochschulzugangs. Die Umsetzung wird zusammen mit allen an der gymnasialen Bildung Beteiligten (Lehrpersonen, Schulleitungen, Mittelschul- und Berufsbildungsamt) angegangen. Arbeitsgruppen werden die Rahmenbedingungen (Etappe, Art der Beurteilung usw.) definieren und die basalen Kompetenzen (Inhalte, Anspruchsniveau usw.) bis Sommer 2018 konkretisieren.

¹¹ Es fehlen unter den basalen fachlichen Studierkompetenzen z.B. die Literatur in der Erstsprache und weiterführende Kapitel in der Mathematik.

3.3

Selbst organisiertes Lernen

Was bedeutet selbst organisiertes Lernen (SOL)? Schülerinnen und Schüler übernehmen mehr Verantwortung für ihr Lernen: Sie organisieren ihren Lernprozess und reflektieren ihren Fortschritt sowie allfällige Hindernisse. Dabei werden sie von ihren Lehrpersonen unterstützt. Zwischen 2010 und 2016 bot das kantonale SOL-Projekt den Rahmen für Weiterbildung, Unterrichtsentwicklung und wissenschaftliche Evaluation mit dem Ziel, das selbstständige Lernen der Berner Gymnasiastinnen und Gymnasiasten zu stärken.

«Es geht beim selbst organisierten Lernen um die methodische Erneuerung eines genuin gymnasialen Bildungsideals.»¹² Diese prägnante Aussage von Prof. Dr. Walter Herzog an der Impulstagung der PHBern im März 2011 in Hofwil prägte den Start des Berner SOL-Projekts und beeinflusste die nachfolgenden Arbeiten nachhaltig.¹³ Der Satz bringt zum Ausdruck, dass die Stärkung der Selbstständigkeit und Selbstverantwortung ein konstitutives Merkmal gymnasialer Bildung ist. Der Bildungsauftrag des Gymnasiums, der die Maturandinnen und Maturanden einerseits auf eine Vielzahl von Studiengängen vorbereitet und sie gleichzeitig zu mündigen und kritischen Staatsbürgerinnen und -bürgern macht, lässt sich nur einlösen, wenn das Gymnasium seine Schülerinnen und Schüler auch dazu befähigt, selbstständig zu lernen. Dieser Fokus auf das Lernen zeichnet das SOL-Projekt aus: Lehrpersonen, Fachdidaktikerinnen und -didaktiker sowie Erziehungswissenschaftler haben zusammengearbeitet, um mehr über die Gelingensbedingungen von selbstständigem Lernen zu erfahren.

Die drei Dimensionen des selbst organisierten Lernens

Ausgangspunkt und Grundlage für das Projekt war die Definition dessen, was unter «selbst organisiertem Lernen» zu verstehen sei. In den im Jahr 2011 erarbeiteten Grundlagen betonte die Projektgruppe, dass das selbst organisierte Lernen nicht als Lern- oder Unterrichtsmethode zu betrachten sei, sondern als didaktischer Ansatz, der beim Lernen folgende Dimensionen betone:

1. Die Entscheidungsverantwortung für das Lernen wird möglichst weitgehend an die Lernenden delegiert.
2. Die Lernbegleitung durch die Lehrperson spielt eine wichtige Rolle.
3. Die gezielte Reflexion über den Lernprozess trägt zum Lernfortschritt bei.¹⁴

Die drei Dimensionen des selbst organisierten Lernens erlaubten, die Unterrichtsentwicklung auf eine solide Grundlage zu stellen. Es zeigte sich bald, dass sich insbesondere im

¹² Herzog, Walter (2011): Vom Nutzen und Nachteil des Selberlernens. In: *Gymnasium Helveticum*, 65 (3), S. 17.

¹³ Vgl. dazu das Projektbulletin Nr. 3 vom Mai 2011, unter: www.erz.be.ch/sol.

¹⁴ Das Grundlagenpapier «Unverzichtbares oder Dimensionen von SOL» findet sich unter: www.erz.be.ch/sol.

Bereich der Lernbegleitung, der Reflexion und der Beurteilung viele Fragen stellten, die im Rahmen von verschiedenen Weiterbildungsveranstaltungen an der PHBern aufgenommen wurden.

Ab dem Schuljahr 2011/12 besuchten Lehrpersonen aus allen Berner Gymnasien die Weiterbildung «SOL-Unterrichtseinheiten entwickeln». In einem einjährigen Kurs, der als «kollegiale Werkstatt» organisiert war, entwickelten Lehrpersonen verschiedenster Fachrichtung eine exemplarische Unterrichtseinheit, welche die drei SOL-Dimensionen berücksichtigte. Die Ergebnisse dieser Arbeit wurden auf einer öffentlich zugänglichen Internetplattform publiziert. Nach drei Durchführungen des SOL-Weiterbildungskurses steht interessierten Lehrpersonen eine Sammlung von über 70 Unterrichtseinheiten zum selbst organisierten Lernen zur Verfügung.¹⁵ Parallel zur Unterrichtsentwicklung bildeten sich auch die Projektverantwortlichen der Gymnasien weiter: Der kantonale Workshop der SOL-Verantwortlichen bot eine Plattform für Information, Austausch von Good Practice und Vernetzung. Es zeigte sich, dass jedes Gymnasium seinen eigenen, schulangepassten Weg zur Umsetzung von SOL fand.

Die Gelingensbedingungen des selbst organisierten Lernens

Wie selbst organisiertes Lernen in die Praxis umgesetzt wurde und welche Gelingensbedingungen für das selbstständige Lernen und Arbeiten wichtig sind, wurde im Rahmen des SOL-Projekts wissenschaftlich evaluiert. Rund 1000 Schülerinnen und Schüler sowie 70 Lehrpersonen wurden von Prof. Dr. Walter Herzog und Robert Hilbe vom Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Bern befragt. Die Befunde wurden im Januar 2016 publiziert.¹⁶ Die Evaluation zeigt, dass das selbst organisierte Lernen grundsätzlich von den beteiligten Lehrpersonen und Schülerinnen und Schülern als anspruchsvoll und motivierend wahrgenommen wird. Folgende konkreten Befunde sind für die Weiterarbeit an den Gymnasien entscheidend:

- Selbst organisiertes Lernen kann nicht nur Methode sein, sondern muss immer auch Ziel des Unterrichts sein: Die Schülerinnen und Schüler lernen Selbstständigkeit nicht «von selbst». Sie benötigen gezielte Anleitung, damit sie die notwendigen Fähigkeiten aufbauen können. Dazu bedarf es auf Schulebene eines curricularen Aufbaus.
- Selbst organisiertes Lernen ist nicht zwingend an Gruppenarbeiten gekoppelt. Ohne den Wert von Gruppenarbeiten mindern zu wollen, betonen die Autoren der Evaluation, dass selbstständiges Lernen auch in Einzelarbeit praktiziert werden sollte.
- Selbst organisiertes Lernen braucht Zeit. Kurze Unterrichtseinheiten bringen wenig fruchtbare Effekte.
- Die Lernbegleitung spielt vor allem für schwächere Schülerinnen und Schüler eine wichtige Rolle. Der komplexe Anspruch von selbstständigen Unterrichtssequenzen ist für sie eine grosse Herausforderung.
- Gezielte Weiterbildung der Lehrpersonen ist für die Weiterentwicklung des selbst organisierten Lernens wichtig. Die Rolle der Lehrperson und die Frage der Beurteilung sind zwei Bereiche, in denen die Evaluatoren besonderen Weiterbildungsbedarf orten.

Die Resultate aus der wissenschaftlichen Evaluation wurden von den Lehrpersonen und Schulleitungen mit Interesse zur Kenntnis genommen. Sie begleiten die Gymnasien in der Übergangsphase vom Projekt zur Umsetzung im Rahmen des neuen gymnasialen Lehrplans (siehe auch Kapitel 1.1). Dieser gibt vor, das selbst organisierte Lernen in einem schuleigenen Konzept zu verankern.

¹⁵ Die ILIAS-Plattform zum selbst organisierten Lernen findet sich unter: <http://ilias.edube.ch/sol-einheiten>.

¹⁶ Der Bericht von Herzog und Hilbe findet sich in der Lang- und Kurzversion unter: www.erz.be.ch/sol.

Ausblick

Das Projekt «Selbst organisiertes Lernen SOL» wurde im Sommer 2016 abgeschlossen. Die Stärkung des selbstständigen Lernens ist neu sowohl im revidierten kantonalen Lehrplan als auch in der Leistungsvereinbarung des Mittelschul- und Berufsbildungsamts mit den Gymnasien verankert. Nach der kantonal koordinierten Entwicklungsphase ist es nun Aufgabe der einzelnen Gymnasien, in schuleigenen curricularen Konzepten sicherzustellen, dass die Schülerinnen und Schüler mehrmals bis zur Maturitätsprüfung die Gelegenheit erhalten, Erfahrungen und Fähigkeiten im Selberlernen zu erlangen. Dies ist wichtig im Hinblick auf ein erfolgreiches Studium.

3.4

Studienwahl

Maturandinnen und Maturanden müssen eine reflektierte Studienwahl treffen können: Das gehört zur Hochschulvorbereitung durch die Gymnasien. Sie tragen damit zur Reduktion von Studienabbrüchen oder -wechseln bei, was auch politisch gefordert wird. Die EDK hat entsprechend die Studienwahl zu einem von vier Teilprojekten zur Sicherung des allgemeinen Hochschulzugangs mit einer gymnasialen Maturität gemacht. Die Berner Gymnasien haben in den vergangenen Jahren ihre Studienwahlkonzepte verbessert und setzen diese nun um.

Die Anzahl Studienabbrüche und -wechsel wird in der Politik und in den Medien immer wieder diskutiert. Nur ungefähr drei Viertel der in eine universitäre Hochschule Eintretenden erwerben einen universitären Bachelor.¹⁷ Auch wenn sich Studienabbrüche und -wechsel nach dem Übertritt vom breit ausgerichteten gymnasialen Bildungsgang zum spezialisierten Studium nicht ganz vermeiden lassen, muss deren Reduktion das gemeinsame Ziel von Gymnasien und Hochschulen sein. Studienabbrüche und -wechsel sind aus Sicht des Bildungssystems (Kosten) und aus Sicht der Individuen (investierte Zeit) nach Möglichkeit zu vermeiden.

Die Gymnasien bereiten ihre Schülerinnen und Schüler seit Langem auf die Studienwahl vor. Die Klassenlehrpersonen thematisieren die Studienwahl im Unterricht, die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung führt Informationsveranstaltungen an den Schulen durch, die Schülerinnen und Schüler erhalten Informationsmaterial und werden für Orientierungsveranstaltungen der Hochschulen beurlaubt. Sie können zudem von der individuellen Beratung der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung Gebrauch machen. In den vergangenen Jahren hat das Thema Studienwahl zusätzliche Aufmerksamkeit bei Gymnasien und Hochschulen erfahren. So haben Hochschulen wie die Universität Bern ihre Informationstätigkeit durch Präsentationen an den Gymnasien, Informationstage und Schnupperanlässe¹⁸ verstärkt.

Aktualisierte Studienwahlkonzepte

Die Gymnasien ihrerseits haben in den vergangenen Jahren ihre Studienwahlkonzepte aktualisiert – dies auf der Basis von Eckwerten, welche zusammen mit der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung erarbeitet wurden. Diese gehen davon aus, dass eine reflektierte Studienwahl auf Wissen über die eigene Person sowie auf Kenntnissen der Ausbildungslandschaft und der Berufswelt aufbaut. Zentral ist zudem eine im Verlauf der ganzen Aus-

¹⁷ Bundesamt für Statistik (2014): Studienerfolgsquote, unter: www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bildung-wissenschaft/bildungsindikatoren/bildungssystem-schweiz/themen/bildungsverlaeufe/studienerfolgsquote-hs.html, abgerufen am 30. Oktober 2016.

¹⁸ Vgl. für die Universität Bern z.B. www.unibe.ch/ > Studium > Studieninteressierte > Maturandinnen und Maturanden, abgerufen am 30.10.16.

bildung gestärkte Entscheidungskompetenz. Auf diesem Fundament sollten die Wahl der Studienrichtung und anschliessend die Realisierungsplanung erfolgen. Das setzt voraus, dass die Gymnasien und die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung zusammenarbeiten. Den Gymnasien kommt die Aufgabe zu, die Schülerinnen und Schüler während der Ausbildung mit den notwendigen Fragen zur eigenen Person zu konfrontieren und Entscheidungskompetenz¹⁹ aufzubauen. Die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung wird situativ beigezogen, insbesondere beim Aufbau von Wissen über die Ausbildungslandschaft und die Berufswelt. Diese Zusammenarbeit von Gymnasien und Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung ist in den Studienwahlkonzepten geregelt.

Studie zur Passung zwischen Gymnasium und Universität

Ob ein Studium erfolgreich bewältigt werden kann, ist nicht nur eine Frage der Studienwahlvorbereitung. Es stellt sich grundsätzlich die Frage der Passung zwischen Gymnasium und Studium. Prof. Stefan C. Wolter untersucht deshalb in einer gross angelegten Studie an der Universität Bern die Faktoren, welche auf Studienerfolg oder -misserfolg Einfluss haben. Die ersten Resultate, welche am Begegnungstag Gymnasium–Hochschule (siehe auch Kapitel 3.1) vorgestellt wurden, zeigen, dass es sich bei der Ausgestaltung des Übergangs vom Gymnasium zu den Hochschulen um eine Aufgabe handelt, bei der beide Seiten in der Verantwortung stehen.²⁰

Ausblick

Das EDK-Teilprojekt zur Verbesserung der Studienwahl schlägt vor, dass die Kantone Vorgaben für den Studienwahlprozess machen und die einzelnen Gymnasien in diesem Rahmen Studienwahlkonzepte erarbeiten. Im Kanton Bern ist diese Forderung bereits erfüllt. Die neuen Konzepte, welche die Studienwahl als Prozess vom Eintritt ins Gymnasium bis zur Matura beschreiben, werden in den nächsten Jahren umgesetzt. Die Schulen werden zusammen mit der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung prüfen, welche Elemente sich bewähren und wo es Verbesserungspotenzial gibt. Ein Augenmerk wird darauf zu richten sein, ob den Schulen unterstützendes Material zur Verfügung gestellt werden kann, um die Schülerinnen und Schüler zu den studienwahlrelevanten Fragen anzuleiten. Allenfalls können in diesem Bereich Ergebnisse aus dem Teilprojekt der EDK zur Studienwahl einfließen.

¹⁹ So kann z.B. jeder Wahlentscheid im Verlauf des gymnasialen Bildungsgangs dazu genutzt werden, die Kriterien zur Wahl zu thematisieren.

²⁰ Vgl. Education 2/15, S. 43-44, unter: http://www.erz.be.ch/erz/de/index/direktion/ueber-die-direktion/education_amtlichesschulblatt/archiv_2015.assetref/dam/documents/ERZ/GS/de/EDUCATION/EDUCATION%202.15.pdf, abgerufen am 1. Dezember 2016.



4 Qualität und Entwicklung

Für die Qualität der gymnasialen Ausbildung ist der Unterricht der Lehrpersonen zentral. Der Berner Lehrplan gewährt den Lehrpersonen Freiraum, innerhalb dessen sie den Unterricht individuell gestalten können. Das ist wichtig, damit sie ihren Bildungsauftrag motiviert erfüllen. Bildungsqualität bedeutet aber auch, dass die Schülerinnen und Schüler den gymnasialen Bildungsgang nicht als Nebeneinander von Fachunterricht, sondern als Einheit mit übergeordneten Zielen erleben. Dafür ist an den einzelnen Gymnasien neben der Unterrichtsentwicklung auch eine gemeinsame Schulentwicklung notwendig. Für die Glaubwürdigkeit der gymnasialen Bildung in der Gesellschaft sind darüber hinaus zwei Punkte von Bedeutung: ein Mindestmass an Kohärenz zwischen den einzelnen Schulen sowie ein über alle Schulen hinweg vergleichbar hohes Leistungsniveau. Dieser Teil des Berichts beleuchtet die verschiedenen Ebenen, die zur Qualität beitragen – von der Unterrichts- und Personalentwicklung über die Schul- und Qualitätsentwicklung bis zur Sicherstellung der Vergleichbarkeit.

4.1

Qualitätsentwicklung im Dialog

Die Qualität der gymnasialen Bildung wird zu einem guten Teil durch die Ausgestaltung des Bildungsgangs an den einzelnen Gymnasien und den Unterricht der Lehrpersonen geprägt. Sie hängt aber auch von übergeordneten Vorgaben ab (Lehrplan, Gesetzgebung usw.). Die Steuerung der Schulen durch das Mittelschul- und Berufsbildungsamt (MBA) setzt an dieser Schnittstelle an. Leistungsvereinbarungen und jährliche Reporting-Controlling-Gespräche sollen das Gemeinsame der gymnasialen Bildung sichern und gleichzeitig jeder Schule ermöglichen, sich individuell zu entwickeln.

Die übergeordnete Steuerung der gymnasialen Bildung erfolgt einerseits durch den Lehrplan, welcher die Bildungsziele für den gesamten Bildungsgang und die einzelnen Fächer vorgibt, andererseits durch die Gesetzgebung, welche das Zusammenspiel der verschiedenen Akteure regelt und die rechtlichen Aspekte bezüglich Aufnahme, Promotion und Abschluss klärt. Im Rahmen dieser Vorgaben und des zur Verfügung stehenden Budgets steuert das MBA die Schulen mithilfe der Leistungsvereinbarungen, welche alle vier Jahre erneuert werden. In diesen Vereinbarungen werden die organisatorischen Vorgaben definiert, welche die Schulen als kantonale Institutionen einhalten müssen. Weiter wird das konkrete Bildungsangebot der Schulen bestimmt und festgelegt, an welchen kantonalen Projekten sie sich beteiligen müssen.

Die Leistungsvereinbarungen enthalten zudem Vorgaben zur Qualitätsentwicklung. Diese beschränken sich auf wenige Punkte. Die Qualitätsarbeit soll

- durch die Schulleitung gesteuert und angemessen dokumentiert werden,
- Individualfeedback enthalten, welches mit der Unterrichtsentwicklung verbunden ist,
- datengestützte interne und externe Evaluationen zur Schulentwicklung vorsehen,
- die Qualitätsarbeit mit der Führung der Lehrpersonen verbinden.

Innerhalb dieses Rahmens können die Schulen ihre Qualitätsarbeit frei organisieren.

Qualität im Dialog entwickeln

Das Kernstück der Steuerung der Schulen ist das jährliche Reporting-Controlling-Gespräch der Schulleitung mit der Abteilung Mittelschulen des MBA. Grundlagen für dieses Gespräch sind die Zielsetzungen, welche im Vorjahr vereinbart wurden, die Erkenntnisse aus der Qualitätsarbeit der Schule und die Resultate von externen Evaluationen.²¹ Im Dialog zwischen

²¹ Alle drei Jahre findet eine standardisierte Befragung der Abschlussklassen statt und im gleichen Rhythmus eine standardisierte Befragung der Ehemaligen gut zwei Jahre nach der Matura. Die beiden Befragungen erlauben es der Schulleitung, die Schulentwicklung an ihrer Schule im Vergleich zu den anderen Schulen einzuschätzen. Alle sieben Jahre findet zusätzlich eine externe Metaevaluation des Qualitätssystems der Schule durch das Institut für Externe Schulevaluation auf der Sekundarstufe II (IFES) statt, welche die Wirksamkeit der Qualitätsarbeit im Fokus hat.

der Schulleitung und der Abteilung Mittelschulen werden die Resultate der Evaluationen und der Qualitätsarbeit interpretiert. Im Anschluss wird gemeinsam festgelegt, in welchen Bereichen allenfalls eine Entwicklung eingeleitet oder verstärkt werden soll. Aufgrund dieser Analyse und aufgrund der Zielerreichung des Vorjahrs werden die Ziele für das folgende Jahr festgelegt.

Externe Sicht miteinbeziehen

Die beschriebene Steuerung hat sich bewährt. Die externen Evaluationen fließen in die Steuerung der Schulen ein und zeigen periodisch einen anderen Blickwinkel als die Binnensicht oder den Eindruck der Abteilung Mittelschulen. Die Verantwortung für die Schulentwicklung bleibt mit diesem Ansatz bei der Schulleitung. Die Abteilung Mittelschulen dient als kritischer Gesprächspartner und kann die Schulen bei der Entwicklung unterstützen. Das Verfahren ermöglicht zudem, Ziele vorzugeben, sollte ein Qualitätsdefizit bestehen. Die Erfahrung zeigt, dass dieser Schritt kaum je notwendig ist.

Auf diese Weise kann die Qualitätsentwicklung individuell auf die Rahmenbedingungen der einzelnen Schulen angepasst werden, ohne das Gesamte aus den Augen zu verlieren. Das ist wichtig, da die Schulen unterschiedliche Herausforderungen zu bewältigen haben. Zudem – und das ist zentral – können die Schulleitungen die Ziele ihrer Schule gegen innen konsolidieren und mit jenen für die einzelnen Lehrpersonen verbinden (Personalführung).

Ausblick

Die beschriebene Steuerung der Gymnasien erlaubt eine vorwärtsgerichtete Schulführung mit individuellen und pragmatischen Zielen. Das Konzept soll deshalb beibehalten werden. Das Vorgehen verlangt von den Schulleitungen und der Abteilung Mittelschulen ein sorgfältiges Abwägen zwischen notwendigen schulübergreifenden Entwicklungsschritten und dem Gewähren von genügend Freiraum für die individuelle Schulentwicklung. Analog ist im Innern der Schule zwischen gemeinsamer Schulentwicklung und Unterrichtsentwicklung der einzelnen Lehrpersonen abzuwägen.

4.2

Personalentwicklung

Lehrpersonen und Schulleitungen haben entscheidenden Einfluss auf die Qualität der Bildung. Deshalb ist für die Gymnasien eine sorgfältige und vorausschauende Personalentwicklung von zentraler Bedeutung. Die entsprechenden Handlungsfelder wurden bereits im Mittelschulbericht 2013 definiert. In der Zwischenzeit wurden insbesondere Massnahmen umgesetzt, um mehr Frauen für Führungsaufgaben (Linienfunktionen, Projekte) zu gewinnen. Mit Erfolg. Nun soll der Fokus auf die Potenzialentwicklung aller Mitarbeitenden gelegt werden.

Die Personalentwicklung ist eine anspruchsvolle Aufgabe und wird im Rahmen der Personalführung wahrgenommen. Diese ist in der Verordnung über die Anstellung der Lehrpersonen geregelt und wird in den Leistungsvereinbarungen – welche jedes Gymnasium mit dem Mittelschul- und Berufsbildungsamt (MBA) abschliesst – spezifiziert. Die Personalentwicklung wurde bereits im Mittelschulbericht 2013²² als Handlungsfeld identifiziert. Thematisiert wurden damals folgende Aspekte: Förderung der Lehrpersonen, Bedeutung des Mitarbeiterinnen- und Mitarbeitergesprächs, Weiterbildungsangebote zur Laufbahnplanung, Gewinnung von Frauen für Leitungsfunktionen.

Mehr Frauen in Leitungsfunktionen

Der grösste Handlungsbedarf zeigte sich in der angemessenen Vertretung von Frauen und Männern in Leitungsfunktionen, sei es in der Linie oder in Projekten. Auf der Basis der Studie «Frauen in Führungspositionen auf Sekundarstufe II»²³ wurden in den vergangenen Jahren verschiedene Massnahmen umgesetzt:

- 2015 wurde erstmals das AMELIA-Mentoringprojekt der Schweizerischen Zentralstelle für die Weiterbildung der Mittelschullehrpersonen WBZ CPS²⁴ (mit Unterstützung des MBA) durchgeführt. Lehrerinnen mit ersten Führungserfahrungen wurden durch individuelle Mentorings, fachliche Weiterbildungen und Vernetzungsanlässe auf die Übernahme einer Leitungsfunktion vorbereitet. Am Projekt nahmen rund 20 Lehrerinnen als Mentees sowie gleich viele Schulleiterinnen und Schulleiter als Mentorinnen bzw. Mentoren teil. Unter den Teilnehmenden waren auch Lehrerinnen von Berufsfachschulen und von ausserkantonalen Gymnasien. Die Auswertung zeigte, dass das Mentoring von beiden Seiten als gewinnbringend wahrgenommen wurde. Die Mentees erhielten Einblick in das

²² Mittelschulbericht 2013, S. 61–76. Bern: Mittelschul- und Berufsbildungsamt.

²³ Die Studie «Frauen in Führungspositionen auf der Sekundarstufe II» (2012) wurde im Auftrag des Mittelschul- und Berufsbildungsamts des Kantons Bern und der Schweizerischen Zentralstelle für die Weiterbildung der Mittelschullehrpersonen WBZ CPS von der Firma econcept AG durchgeführt. Schlussbericht vgl. unter: https://www.erz.be.ch/erz/de/index/mittelschule/mittelschule/mittelschulbericht/Projekte/projekte_in_der_personalentwicklung/frauen_in_fuehrungspositionenaufdersekundarstufeii.assetref/dam/documents/ERZ/MBA/de/AMS/ams_projekte_bericht_frauen_deutsch.pdf, abgerufen am 1. Dezember 2016.

²⁴ Ab 1. Januar 2017 heisst die WBZ CPS Schweizerisches Zentrum für die Mittelschule ZEM CES.

Führungshandeln ihrer Mentorin bzw. ihres Mentors. Diese erlebten ihrerseits das Projekt als Job-Enrichment. Auch die Zusammenarbeit über die Kantonsgrenze hinweg wurde als wertvoll erachtet. Im Herbst 2016 startete die zweite Runde des AMELIA-Mentorings.

- 2013 und 2014 organisierte das MBA je eine Netzwerkveranstaltung. Ziel war der Austausch zwischen Lehrerinnen, die sich für eine Leitungsposition interessieren, und Schulleiterinnen. Externe Referentinnen reflektierten zudem das Thema «Führungserfahrung an Schulen» anhand von Praxisbeispielen.
- Das MBA hat die angemessene Vertretung von Frauen und Männern in Leitungsgremien, Arbeits- und Projektgruppen sowie die Personalentwicklung in die Leistungsvereinbarungen mit den Schulen aufgenommen. Stellen für Schulleitungspersonen werden neu mit einer Bandbreite von 70 bis 100 Stellenprozenten ausgeschrieben.

Im Kanton Bern sind ab Sommer 2017 in allen Gymnasien sowohl Frauen wie Männer in der Schulleitung vertreten. Die beschriebenen Massnahmen haben zu diesem Erfolg beigetragen.

Potenzial aller Mitarbeitenden entwickeln

In den kommenden Jahren werden folgende Handlungsfelder aus dem Mittelschulbericht 2013 im Zentrum stehen: die Potenzialentwicklung der Lehrpersonen, das Mitarbeiterinnen- und Mitarbeitergespräch sowie die Weiterbildungsangebote zur Laufbahnplanung. In einem ersten Schritt wird die Abteilung Mittelschulen des MBA mit jeder Schulleitung die Situation analysieren und den Handlungsbedarf klären. Die Schulleitungen werden zu folgenden Themen befragt: Durchführung der Mitarbeiterinnen- und Mitarbeitergespräche, Erkennen und Entwickeln der Kompetenzen und Potenziale der Lehrpersonen (in Bezug auf die aktuelle Stelle und die Laufbahn), strategische Ausrichtung von Personalentwicklungsmassnahmen zur Schulentwicklung, aktuelle Personalentwicklungsmassnahmen, Bedarf an Unterstützungsmassnahmen sowie Optimierungsmöglichkeiten für eine systematische und ganzheitliche Personalentwicklung.

Die Ergebnisse aus der Befragung, allfällige Folgerungen sowie das weitere Vorgehen zur Ausgestaltung der Personalentwicklung werden anschliessend mit der Konferenz der Schulleitungen der Gymnasien diskutiert. In die Analyse sollen auch die PHBern und die HEP BEJUNE als die Kompetenzzentren für die Weiterbildung von Lehrpersonen und Schulleitungen einbezogen werden. Mit ihnen zusammen können z.B. Angebote entwickelt und Hilfsmittel bereitgestellt werden.

Ausblick

Die angemessene Vertretung von Frauen und Männern in den Leitungsgremien der Gymnasien bleibt ein Thema. In den kommenden Jahren wird jedoch die Diversität in der Schulleitung und im Lehrerkollegium in den Fokus rücken. Sie soll optimal für die Personal- und Schulentwicklung genutzt werden. Das MBA wird zudem die Personalentwicklung mit den Schulleitungen analysieren und Folgerungen daraus ziehen. Ziel ist es, die Schulleitungen und Lehrpersonen durch eine systematische Personalentwicklung in ihrer Berufsausübung zu stärken und den Austausch unter den Schulen zu fördern (Good Practices). Zu beobachten ist, inwieweit zusätzliche Projektleitungs- oder Führungsfunktionen einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Lehrpersonen leisten. Da die Schulleitungsmitglieder in der Personalführung eine zentrale Rolle wahrnehmen, wird das MBA mit ihnen jährlich Führungs- und Entwicklungsgespräche durchführen.

4.3

Gemeinsames Prüfen

Mit dem Gemeinsamen Prüfen begegnen die Gymnasien dem Vorwurf, dass in den einzelnen Schulen oder Klassen unterschiedliche Leistungsanforderungen gestellt werden. Im Kanton Bern existiert die Kultur des Gemeinsamen Prüfens seit Langem. Er ist damit einer nationalen Forderung der EDK zuvorgekommen. Diese hat 2012 ein entsprechendes Projekt lanciert – als Teil der Offensive zur Sicherung des allgemeinen Hochschulzugangs für gymnasiale Maturandinnen und Maturanden.

Zwischen den Schulen wie auch innerhalb der Schulen bestehen grosse Leistungsunterschiede: Zu diesem Schluss kam 2008 die Studie EVAMAR II. Als Folge lancierte die EDK 2012 das nationale Projekt «Gymnasiale Maturität – langfristige Sicherung des Hochschulzuganges». Im Rahmen des Teilprojekts «Unterstützungsangebote zum Gemeinsamen Prüfen» erarbeitete die Schweizerische Zentralstelle für die Weiterbildung der Mittelschullehrpersonen (WBZ CSP) einen Bericht zum Gemeinsamen Prüfen.²⁵ Dieser nahm eine Begriffsklärung²⁶ vor und zeigte, wie die Kantone in diesem Bereich vorgehen und welche Unterstützungsmöglichkeiten es gibt.

Vergleichbare Anforderungen bei Maturitätsprüfungen

Der Bericht brachte auch die grundsätzliche Haltung auf schweizerischer Ebene zum Ausdruck: Nicht Einheitsprüfungen entsprechen unserer auf die Selbstverantwortung der Lehrpersonen abgestützten Unterrichtstradition, sondern vergleichbare Leistungsmessungen bzw. harmonisierte Maturitätsprüfungen. Das Gemeinsame Prüfen beschreitet diesen Mittelweg: Statt einheitlicher Prüfungen sieht er verbindliche Vorgaben für die Maturitätsprüfungen vor. Dieses Vorgehen basiert auf der Überzeugung, dass die Zusammenarbeit der Lehrpersonen die Vergleichbarkeit stärkt, wohingegen eine verordnete Vereinheitlichung dem unerwünschten «teaching to the test» Vorschub leistet.

Der Kanton Bern hat sich bereits vor dem Engagement der EDK für eine Vergleichbarkeit des zu erreichenden Leistungsniveaus eingesetzt. Schon anlässlich der Inkraftsetzung des schweizerischen Maturitätsanerkennungsreglements (MAR) hat die Kantonale Maturitätskommission (KMK) am Ende der 1990er-Jahre die Maturitätsprüfungen durch Weisungen harmonisiert. Diese Weisungen ergänzten die bereits früher ergriffenen Massnahmen zur

25 Mero, Romano (2013): EDK Projekt «Gymnasiale Maturität – langfristige Sicherung des prüfungsfreien Hochschulzuganges». Bericht zum Teilprojekt 2 «Unterstützungsangebote zum Gemeinsamen Prüfen», Schlussfassung vom 15. Oktober 2013. Bern: Schweizerische Zentralstelle für die Weiterbildung der Mittelschullehrpersonen (wbz cps).

26 Das im Bericht vorgelegte sechsstufige Modell, welches die wichtigsten Begriffe des Gemeinsamen Prüfens umschreibt, basiert auf den sechs Harmonisierungsstufen nach Franz Baeriswyl sowie dem Modell von Katharina Maag Merki und deren «Stationen des Prüfens». Vgl. dazu: Baeriswyl, Franz (2008): Beurteilen im Unterricht. In: Allgemeine Didaktik, Lehrer- und Lehrerinnenausbildung, Universität Freiburg; Maag Merki, Katharina; Holmeier, Monika; Hirt, Carmen (2013): Resultate der Forschungsstudie «Gemeinsames Prüfen», Universität Zürich, Folienpräsentation, 10.06.2013.

Sicherstellung der Vergleichbarkeit: Prüfungen und Beurteilung werden vor Ort durch externe Expertinnen und Experten überwacht. In den letzten Jahren wurde die Vergleichbarkeit weiter erhöht (siehe auch Kapitel 4.4). So prüfen seit 2013 Koordinationsexpertinnen und -experten, ob in den Fächern Erstsprache und Mathematik die Anforderungen an den Maturitätsprüfungen einer Schule vergleichbar sind.

Vergleichbare Anforderungen im Schulalltag

Vergleichbare Anforderungen: Das soll nicht nur für die Maturitätsprüfungen gelten. Deshalb werden an den Berner Gymnasien seit dem Schuljahr 2010/11 jährlich schulinterne Orientierungsarbeiten durchgeführt. Diese Massnahme wurde auf Initiative der Konferenz der Schulleitungen der Gymnasien (KSG) eingeführt und wird vom Mittelschul- und Berufsbildungsamt unterstützt. Während je zwei Jahren wurden zuerst in den Fächern Erstsprache, Mathematik und Englisch, danach in Französisch, Geografie und Chemie und schliesslich in Musik, Bildnerisches Gestalten, Biologie und Sport Orientierungsaufgaben durchgeführt.

Die einzelnen Schulen wählten dabei unterschiedliche Vorgehensweisen: Einige führten identische Prüfungen für alle Klassen eines Jahrgangs durch, andere wählten ein Vorgehen, bei dem die Lehrpersonen bei Proben und Korrekturen intensiv zusammenarbeiteten. Auf identische und zeitgleich durchgeführte schulübergreifende Prüfungen wurde verzichtet. Beide Wege bringen den gewünschten Mehrwert: Sie fördern den Austausch über die Beurteilung und über das Anforderungsniveau. Die Erfahrung zeigt: Gemeinsames Prüfen ist in allen Fächern möglich, auf die Lehrfreiheit muss deshalb nicht verzichtet werden. Gestützt wird diese Erkenntnis durch die Tatsache, dass verschiedene Schulfachschaften das Gemeinsame Prüfen über die Testphase hinaus weiterpflegen.

Ausblick

Die Vergleichbarkeit von Maturitätsprüfungen und Leistungsanforderungen ist ein legitimer gesellschaftlicher Anspruch. Im Kanton Bern wird die Vergleichbarkeit durch die Weisungen der KMK, den Einsatz von Koordinationsexpertinnen und -experten sowie über das gemeinsame Prüfen und den Austausch über Prüfungen sichergestellt. Der eingeschlagene Weg soll weitergegangen werden: Durch die Stärkung einer Kultur des Gemeinsamen Prüfens, wie sie auch von der EDK vorgesehen ist, soll eine Eichung der Anforderungen erreicht werden.

4.4

Kantonale Maturitätskommission

Die Kantonale Maturitätskommission (KMK) trägt entscheidend zur Abschlussqualität im gymnasialen Bildungsgang bei. Sie stellt sicher, dass die Kandidatinnen und Kandidaten an der Maturitätsprüfung vergleichbaren Ansprüchen genügen müssen. In jedem Fach gilt: Eine externe Expertin bzw. ein externer Experte begutachtet die schriftliche Prüfung sowie deren Korrektur und nimmt die mündliche Prüfung mit ab. Spezialregelungen an der Prüfung (z.B. Nachteilsausgleich) müssen durch die KMK genehmigt werden. Sie sorgt in diesen Fällen dafür, dass trotz individueller Regelung der Prüfungsanspruch unverändert hoch bleibt.

Gesellschaft und Politik fordern seit einigen Jahren verstärkt, dass die Maturitätsprüfungen vergleichbaren Ansprüchen genügen müssen. Im Kanton Bern trägt die KMK dieser Forderung Rechnung. Mit verschiedenen Massnahmen sichert sie die Qualität der Maturitätsprüfungen sowie deren Vergleichbarkeit.

Externe Prüfungsexpertinnen und -experten

Die KMK beaufsichtigt seit Jahrzehnten die Maturitätsprüfungen. Sie setzt in allen Fächern externe Expertinnen und Experten ein, welche das Anspruchsniveau der Prüfung begutachten, eine Zweitkorrektur der Arbeiten vornehmen und die mündliche Prüfung mit abnehmen. Soweit es die Personalressourcen erlauben, sind die Expertinnen und Experten Hochschulangehörige oder haben einen aktuellen Bezug zur Hochschule. Allerdings ist es aufgrund der steigenden Zahl an Prüfungen schwieriger geworden, immer Hochschulangehörige zu entsenden. In einigen Fächern werden deshalb Lehrpersonen anderer Schulen als Expertinnen und Experten eingesetzt. Die Universität unterstützt die KMK durch Aufrufe, Hochschulangehörige als Expertin oder Experte zu gewinnen. Sie setzt damit ein Zeichen, dass diese Aufgabe für die Universität wichtig ist.

Weisungen und Reportings

Der kantonale Lehrplan dient der Harmonisierung der zu prüfenden Kenntnisse und Kompetenzen. In Ergänzung dazu erlässt die KMK für jedes Fach Weisungen zur Durchführung der Prüfung. Sie sorgt damit für die formale Harmonisierung der Maturitätsprüfungen. Diese zwei bewährten Steuerungsinstrumente hat die KMK in den vergangenen Jahren durch zwei weitere Massnahmen ergänzt, welche die Harmonisierung der gestellten Ansprüche zum Ziel haben. Einerseits findet nach jeder Maturitätsprüfung ein systematisches Reporting der Expertinnen und Experten an die KMK statt, welches auch an die betreffende Lehrperson und die Schulleitung geht. Andererseits prüft an jedem Gymnasium eine Koordinationsexpertin bzw. ein Koordinationsexperte (oder eine Gruppe der eingesetzten Expertinnen und Experten) die Aufgabenstellung in der Erstsprache und in Mathematik im Hinblick auf die Vergleichbarkeit.

Aufteilung der Prüfung und Nachteilsausgleich

Die KMK hat in den letzten Jahren weitere Aufgaben übernommen und ist beispielsweise für Sonderregelungen an den Maturitätsprüfungen zuständig. Sie bewilligt bei Leistungssportlerinnen und -sportlern, welche infolge der Belastung durch Training und Wettkampf die Lektionen des letzten Ausbildungsjahrs gemäss Lehrplan auf zwei Jahre aufteilen müssen, die Aufteilung der Maturitätsprüfung. Weiter gewährt sie Sonderregelungen für Schülerinnen und Schüler mit einer Behinderung, den sogenannten Nachteilsausgleich. Durch die bessere Integration dieser Schülerinnen und Schüler in die Regelklassen aller Stufen des Bildungswesens hat die Zahl der Nachteilsausgleichsmassnahmen merklich zugenommen. Die KMK prüft diese Fälle einzeln, um angemessene Massnahmen zu gewähren. Diese dürfen jedoch keine Prüfungserleichterung darstellen. Die KMK sorgt so auch für eine Vergleichbarkeit der gewährten Nachteilsausgleichsmassnahmen. Diese neue Aufgabe ist für die KMK anspruchsvoll – auch weil zuerst eine gängige Praxis entwickelt werden muss.

Ausblick

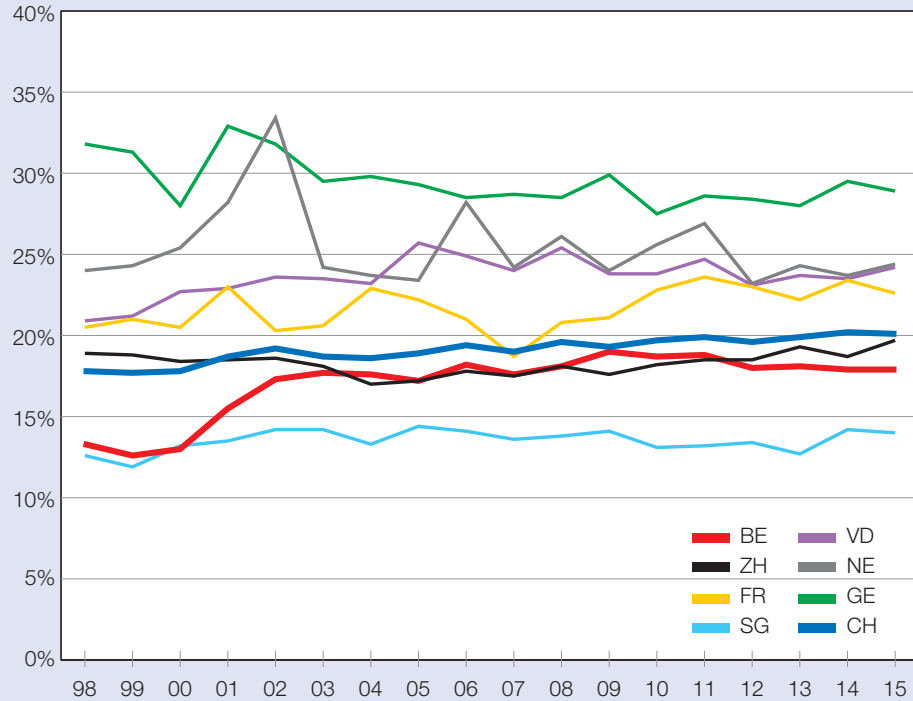
Der eingeschlagene Weg zur Harmonisierung der Maturitätsprüfung soll weiter verfolgt werden. Die Aufsicht durch die KMK – ergänzt durch die formativ wirkenden Rückmeldungen zu den Prüfungen sowie die Entwicklung einer Kultur des gemeinsamen Prüfens (siehe dazu Kapitel 4.3) – sichert eine Entwicklung hin zu vergleichbaren Prüfungsanforderungen. Die KMK kann die Harmonisierung der Maturitätsprüfungen weiter fördern. Beispielsweise indem sie neben Erstsprache und Mathematik auch in anderen Fächern Koordinationsexpertinnen und -experten einsetzt oder indem sie bei der Anpassung der Prüfungsweisungen an den neuen Lehrplan auf die harmonisierende Wirkung achtet. Des Weiteren wird die KMK in den nächsten Jahren in Zusammenarbeit mit den Gymnasien eine Praxis für den Nachteilsausgleich entwickeln müssen. Die KMK sollte jeweils früh in die Festlegung von Nachteilsausgleichsmassnahmen an den Gymnasien eingebunden werden, damit es keinen Bruch zwischen den während des Bildungsgangs gewährten Massnahmen und denjenigen an der Maturitätsprüfung gibt.



Anhang: Kennzahlen zum Gymnasium

A. Entwicklung der gymnasialen Maturitätsquote in sieben grossen Kantonen

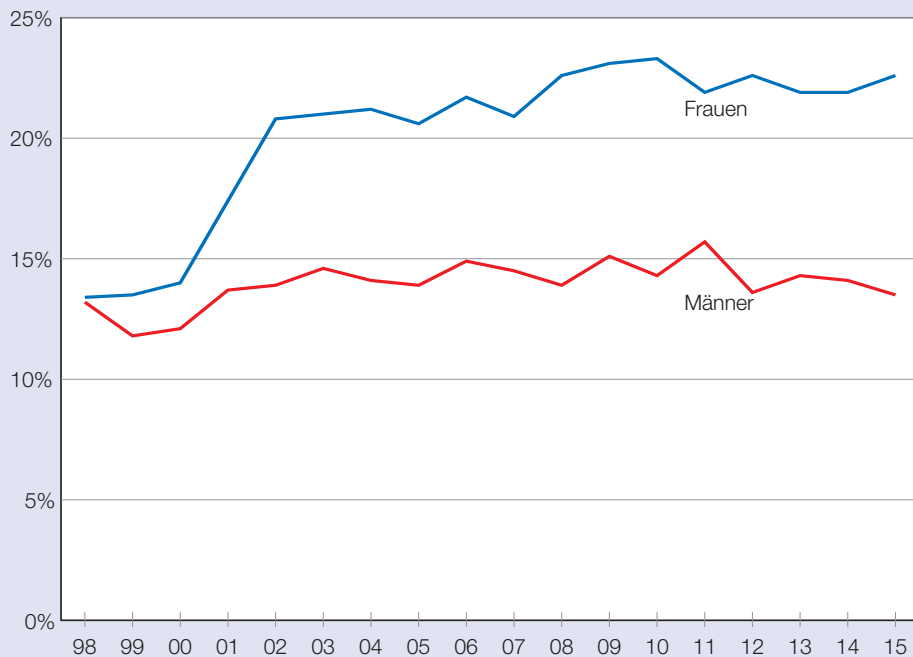
Die Maturitätsquote im Kanton Bern ist mit der Tertiarisierung der Lehrerinnen- und Lehrerbildung um die Jahrtausendwende von einem tiefen zu einem mittleren Wert angestiegen. Nach einem leichten Anstieg ab 2000 ist die bernische Maturitätsquote in den letzten Jahren leicht gesunken und liegt damit weiterhin unter dem schweizerischen Mittel.



Quelle: Bundesamt für Statistik, Hochschulindikatoren

B. Gymnasiale Maturitätsquote im Kanton Bern nach Geschlecht

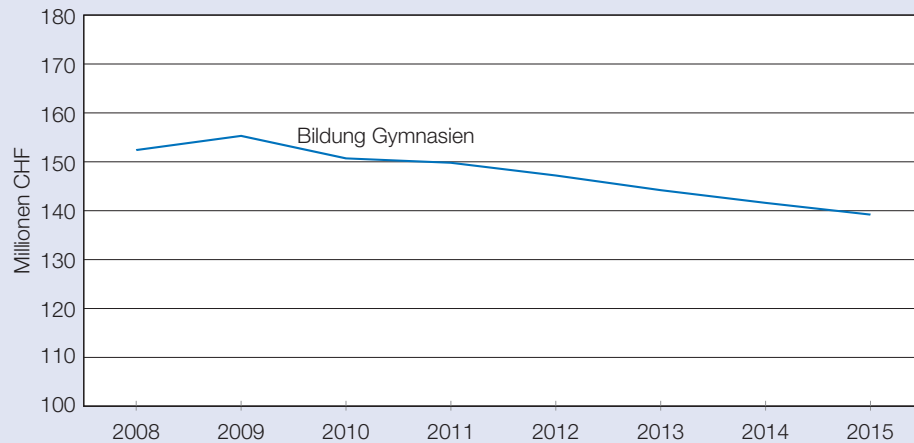
Die Frauen haben die Männer bezüglich der Maturitätsquote in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre überholt. Der starke Anstieg ab 2000 ist mit der Abschaffung der Seminare zu erklären. Die Differenz zwischen dem Frauen- und Männeranteil ist seit einigen Jahren relativ konstant.



Quelle: Bundesamt für Statistik, Hochschulindikatoren

C. Finanzielle Entwicklung für das Teilprodukt «Bildung Gymnasien»

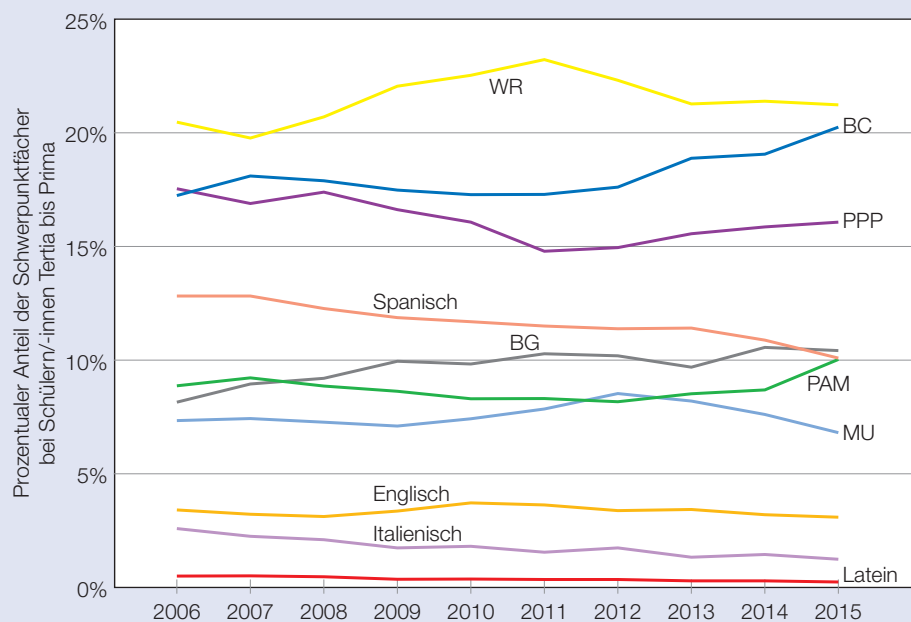
Der sogenannte Deckungsbeitrag IV (Aufwand minus Ertrag für die kantonalen Beiträge sowie Subventionsbeiträge an die privaten Gymnasien) hat bis ins Jahr 2009 aufgrund der höheren Klassenzahlen zugenommen und ist seitdem rückläufig. Die Abnahme ist zum einen auf die demografische Entwicklung, aber zum anderen ab dem Jahr 2014 insbesondere auch auf die konsequente Umsetzung der im Rahmen der Angebots- und Strukturüberprüfung (ASP) beschlossenen Sparmassnahmen zurückzuführen. Diese Reduktion des Deckungsbeitrags IV erfolgte trotz kostensteigernder Faktoren wie beispielsweise der Gehaltsentwicklung.



Quelle: Bundesamt für Statistik, Hochschulindikatoren

D. Entwicklung der Schwerpunktfächer seit 2006

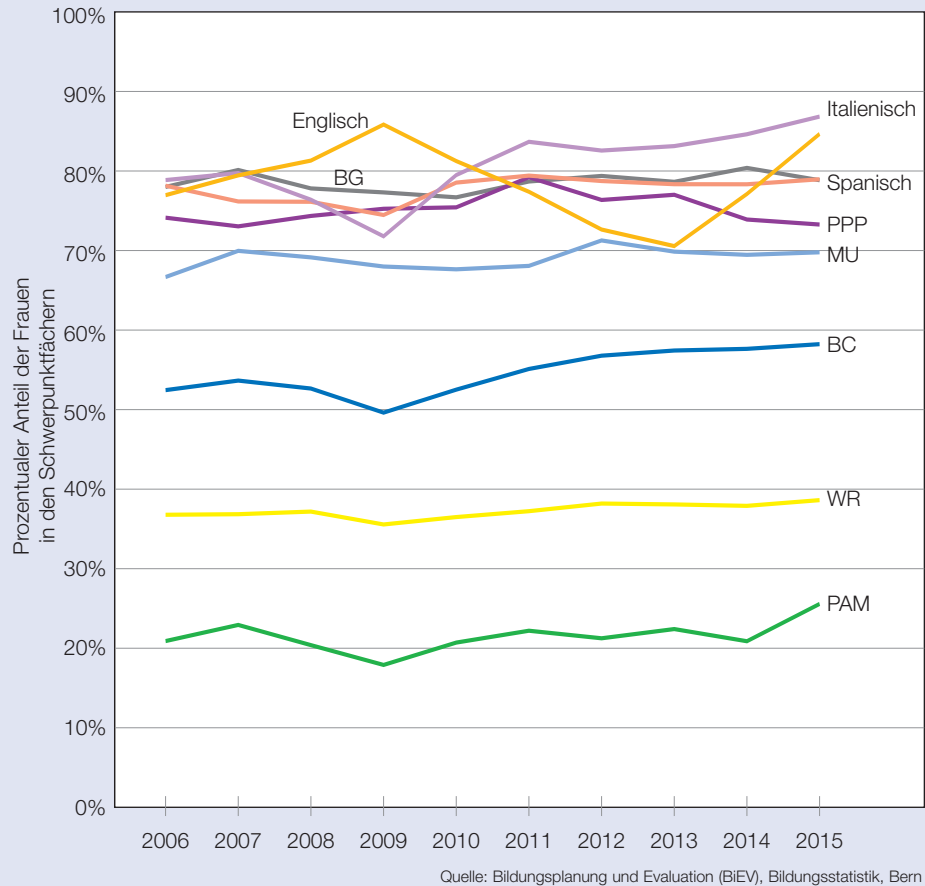
Die Schülerinnen und Schüler der Berner Gymnasien besuchen am häufigsten Wirtschaft und Recht als Schwerpunktfach, gefolgt von Biologie und Chemie sowie Philosophie/Pädagogik/Psychologie. Danach folgen praktisch gleichauf als erstes Sprachfach Spanisch sowie die Schwerpunktfächer Physik und Anwendungen der Mathematik sowie Bildnerisches Gestalten. Die beiden MINT-Schwerpunktfächer weisen in den vergangenen Jahren eine Zunahme auf, die Sprachen hingegen eine Abnahme. Bei den Schwerpunktfächern des Kunstbereichs verzeichnet das Bildnerische Gestalten eine leichte Steigerung, das Schwerpunktfach Musik hingegen einen leichten Rückgang. Ergänzend ist zu bemerken, dass seit 2014 die Schwerpunktfächer Griechisch und Russisch nicht mehr angeboten werden.



Quelle: Bildungsplanung und Evaluation (BIEV), Bildungsstatistik, Bern

E. Entwicklung des Frauenanteils in den Schwerpunktfächern seit 2006

Die Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf die Schwerpunktfächer entspricht nach wie vor den geschlechterstereotypen Vorstellungen und zeigt wenig Veränderungen. So machen die Frauen etwa in Englisch, Italienisch, Spanisch und Bildnerischem Gestalten rund 80% der Schülerschaft aus. Erfreulich ist hingegen der leichte Anstieg des Frauenanteils in den MINT-Schwerpunktfächern. Die Analyse der Zahlen zeigt, dass der allgemeine Anstieg des Anteils an Schülerinnen und Schülern in den MINT-Schwerpunktfächern vor allem auf den grösseren Frauenanteil zurückzuführen ist.



Bezugsquelle

Mittelschul- und Berufsbildungsamt des Kantons Bern
Abteilung Mittelschulen
Kasernenstrasse 27
Postfach
3000 Bern 22

Telefon 031 633 87 79
ams@erz.be.ch

Download

www.erz.be.ch/mittelschulbericht